

# Danziger



# Zeitung.

No 15739.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethelshagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 20 g. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Telegramme der Danziger Ztg.

Berlin, 11. März. (W. T.) Die „Nordd. A. Ztg.“ reproducirt den Inhalt eines Artikels der „Köln. Ztg.“ über das Wachsen des Chauvinismus in Frankreich und erklärt es am Schluss für berechtigt, daß auf diese Zustände im Interesse der Sicherheit Deutschlands nicht oft genug aufmerksam gemacht werden könne.

Paris, 11. März. (W. T.) Zwischen Mentone und Monaco sind 2 Eisenbahnpersonenzüge collidirt. Etwa zehn Wagen wurden zerschmettert, mehrere Personen getödtet, viele verwundet.

— Die Einnahmen aus den indirecten Steuern sind im Februar um 10% Millionen gegen den Vorausschlag zurückgeblieben. Seit dem 1. Januar beträgt die Mindereinnahme 21 Millionen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 11. März.

Der Zeugnißzwang der Abgeordneten im Reichstage.

Der Antrag Windthorst betreffend den Zeugnißzwang für Reichstagsabgeordnete gab gestern zu einer sehr innerquidlichen Debatte Veranlassung, oder vielmehr nicht dieser Antrag, sondern die Erklärung des Staatsministers v. Bötticher, daß die Vorladung des Herrn v. Schalka als Zeugen in dem Ermittlungsverfahren bezüglich der bekannten beiden „feinen Häuser“, welche Falschmünzerei treiben sollen, nicht auf die alleinige Initiative des Gerichts hin erfolgt sei, sondern auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des preussischen Staatsministeriums, welches der Ansicht ist, daß die Mitglieder des Reichstags allerdings dem Zeugnißzwangsverfahren unterliegen.

Wir haben die allgemeine Seite der Affäre Schalka schon gestern an leitender Stelle des näheren erörtert. Die gestrigen Verhandlungen haben unsere Bedenken nur bekräftigt und namentlich die politische Auslegung des Art. 30, welche Staatsminister v. Bötticher vertrat, erweckt den Verdacht, daß die preussische Regierung die Verantwortlichkeit der Abgeordneten für ihre Äußerungen entgegen dem Sinne des Art. 30 der Verfassung durchzuführen gewillt ist. Ob der Antrag Windthorst das geeignete Mittel ist, diese Absicht zu vereiteln, das wird die Geschäftsordnungscommission, welcher der Antrag überwiesen ist, näher zu erörtern haben.

Charakteristisch sind die gestrigen Verhandlungen namentlich auch für die Stellung der Conservativen gegenüber den Parlamentsrechten. Herr Hänel traf das Richtige, wenn er Herrn v. Hammerstein gegenüber sagte: „Wir haben hier eine Regierungspartei, und in dem Augenblicke, wo es sich um ein Recht des Parlaments handelt, ist dieselbe sofort bereit zu sagen, wir stellen uns auf den Standpunkt, daß dieses Recht nicht existirt.“ Herr v. Hammerstein sowohl wie Herr v. Waldburg plädierten nicht nur gegen die Ueberweisung des Antrages Windthorst an eine Commission, sondern erklärten auch, daß ihre Partei sich an diesen Commissionsverhandlungen nicht betheiligen werde. Ein sächlicher Verlust wird es nicht sein, wenn Freiherr v. Hammerstein darauf verzichtet, die von ihm geschriebenen Artikel der „Kreuzzeitg.“ noch einmal im Reichstage oder dessen Commission vorzutragen. Daß die Erörterung über die Frage, ob der Art. 30 der Reichsverfassung seiner Entstehung nach die Anwendung des Zeugnißzwangs ausschliesse, im Plenum des Reichstags zu keinem endgültigen Resultat gelangen konnte, liegt auf der Hand.

Minister v. Bötticher wird aber nicht mit dem Gefühl aus dem Wortkampf mit Herrn Dr. Hänel hervorgegangen sein, daß er in dieser Sache den Sieg davon getragen habe.

## Die Pensionirung und Communalbesteuerung der Officiere.

Auf welchem Wege das Militär'sche Gesetz wegen Erhöhung der Militärpensionen zu Stande gebracht werden soll, hat sich aus den Andeutungen, welche gestern bei der ersten Lesung des Antrags gefallen sind, ziemlich deutlich ergeben. Herr Windthorst wollte sich vorerst über die Frage, ob durch die Einbringung des Gesetzes über die Communalbesteuerung der Officiere das Hinderniß beseitigt sei, welches bisher dem Zustandekommen des Pensionengesetzes entgegenstand, nicht äußern bis er wisse, auf welcher Grundlage die preussische Regierung die Heranziehung des nichtdienlichen Einkommens der Officiere zu den Communalsteuern zu regeln beabsichtigt. Der Kriegsminister meinte zunächst, solche Erklärungen könnten doch im Reichstage nicht mitgetheilt werden, stellte aber am Schluss seiner Rede in Aussicht, daß bezügliche Erklärungen in der Commission, welche mit der Beratung des Militär'schen Antrags betraut wurde, gegeben werden würden. Die Regierung setzt voraus, daß die Majorität des Reichstags sich damit begnügen und demnach die Erhöhung der Militärpensionen bedingungslos beschließen werde.

Der principiellen Standpunkt, den die große Majorität des Reichstags bisher innegehalten hat, daß nämlich gleichzeitig die Pensionen-Erhöhung und die Aufhebung der Communal-Steuerbefreiung beschlossen werden müssen, vertraten gestern nur die Freisinnigen. Indessen ist damit noch nicht gesagt, daß die Majorität wirklich den oben angedeuteten Weg beschreiten wird.

Der Gesetzentwurf über die Communalbesteuerung der Officiere ist nun, wie schon telegraphisch gemeldet, gestern gleichzeitig dem Reichstage zugegangen. Derselbe ist dem Wortlaut wie der Begründung nach völlig identisch mit der dem Bundesrath gemachten und neulich von uns mitgetheilten Vorlage. Auffällig ist die Bemerkung in den Motiven, daß man im J. 1863 keinen Anstand genommen habe, bundesrechtliche Bestimmungen auf ein Gebiet auszudehnen, welchem außer der militärischen auch eine communale, also der Landesgesetzgebung vorbehaltene Bedeutung beizubehalten, und zwar das geschieht mit Rücksicht darauf, daß es zu jener Zeit vor Allem darauf angekommen sei, die

neuerfindende Einheitlichkeit des Heerwesens durch jedes zulässige Mittel zu fördern. Heute erscheint also jedes Mittel zur Förderung des Heerwesens nicht mehr zulässig. Die preussische Regierung, welche die Initiative zu dem Gesetzentwurf im Bundesrath ergriffen hat, macht ein Zugeständniß an den Particularismus lediglich deshalb, weil sie mit Hilfe desselben besser als mit dem Reichstage dem Offizierstande wenigstens einen Theil der Vorrechte, deren er sich bisher erfreut, wahren zu können glaubt.

Die Commission für das Branntweinmonopol hat sich gestern konstituiert. Sie besteht aus folgenden Mitgliedern:

Freisinnige: Dr. Barth, Brömel, Hünig (Hünig wurde an Stelle des Abg. Scholdt delegiert), Verhe, Richter, Ridert; Nationalliberale: Dr. Buhl, Haupt, Dehnbauer, Scipio; Deutschconservative: v. Bedell-Machow, Ulden, Dr. Frege, Graf v. Kleist-Schmenzin; Freiconservative: v. Kardorff, Diebe v. Borby und Camp; Centrum: Stöckel, Dr. v. Hertling, Graf v. Galen, Fröhen, Frhr. v. Dalwig, Graf v. Waldburg-Zeil, Graf v. Dompel und Frhr. v. Sehele; Polen: v. Mielicki; Socialdemokraten: Singer und Krüder.

Der Wahl der Vorsitzenden durch Acclamation wurde, wie uns berichtet wird, widersprochen, weil das Centrum und die Conservativen sich darüber geeinigt hatten, einen Gegner des Monopols, Frhrn. v. Hertling vom Centrum und einen Monopolfreund, den conservativen Abg. Ulden zu Vorsitzenden zu wählen. Diese beiden erhielten denn auch gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Volkspartei und Socialdemokraten die Majorität.

Die Commission wird morgen, Freitag, die erste Sitzung abhalten. Man glaubt nicht, daß die Verhandlungen lange dauern werden. Nachdem, wie gestern erwähnt, die „Nordd. Allg. Ztg.“ das von dem Minister v. Bötticher in Aussicht gestellte Erscheinen des Fürsten Bismarck in der Commission in so entschiedener Weise in Abrede gestellt und hinzugefügt hat, daß das Monopol erst abgelehnt sein müsse, ehe man andere Besteuerungsformen in Angriff nehmen könne, werden die Conservativen und Nationalliberalen, welche in der Commission anfangs etwas zu Stande zu bringen gedachten, wohl von jedem Verzuge hierzu Abstand nehmen. Die officiellen „Berl. Pol. Nachr.“ halten es zwar „für nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegend, daß der Reichskanzler der Commission eine Höflichkeitbesuch abstattet“, sie „wünschen“ jedoch gleichzeitig „über diesen Höflichkeit hinaus eine Betheiligung des Herrn Reichskanzlers an den Commissionarbeiten nicht, damit dem Versuch, dem Reichskanzler für die Arbeiten seiner Commission irgend welche Verantwortung zuzuschreiben, vorgebeugt werde“. Unter solchen Umständen bleibt es dabei, daß die Verhandlungen nur verhältnismäßig kurze Zeit dauern, und es ist gut, daß endlich der letzte Nagel in den Sarg des todtten Monopols geschlagen werden kann.

## Eine Einschränkung der Pressefreiheit.

Die preussische Regierung hat im November v. J. beim Bundesrath beantragt, dem § 22 des Preßgesetzes folgende Bestimmung hinzuzufügen: „So lange der Thäter nicht ermittelt ist oder außer dem Bereiche der inländischen Gerichtsbarkeit sich befindet, ruht die Verjährung gegen denselben, sofern innerhalb der im Absatz 1 bestimmten Frist (6 Monate) eine richterliche Handlung zum Zweck der Verfolgung des Verbrechens oder Vergehens vorgenommen wird. Sofern nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuchs die Verjährung früher eintreten würde, kommen diese zur Anwendung.“

Inwieweit Preßvergehen und Preßverbrechen in Frage stehen, tritt, wenn der intellectuelle Urheber unbekannt bleibt, d. h. der verantwortliche Redacteur die Verantwortlichkeit übernimmt, unter allen Umständen Befragung ein. Die hier beabsichtigte Suspendirung der Verjährungsfrist gegen den „unbekannten Thäter“ würde in der Praxis zur Einführung einer neuen Art von Inquisition führen, zu der der Reichstag die Hand nicht bieten wird.

Nachdem der preussische Antrag bis jetzt in den Ausschüssen des Bundesraths geruht hat, ist derselbe plötzlich wieder in den Vordergrund getreten und soll, wie uns mitgetheilt wird, heute bereits das Plenum des Bundesraths beschäftigen.

Einschränkung der parlamentarischen Redefreiheit hier, Einschränkung der Pressefreiheit da: man sieht, das moderne Zeitbild bekommt immer mehr Colorit.

## Der Rückgang der Getreideeinfuhr.

der bereits im letzten Quartal des verflossenen Jahres scharf hervorgetreten war, hat sich auch, wie der neueste Ausweis unserer Handelsstatistik erkennen läßt, im Monat Januar d. J. fortgesetzt. Der Ausfall trifft vornehmlich Weizen und Roggen, denn von Weizen sind im Januar d. J. nach Abzug der für vollfreie Mühlenlager bestimmten Mengen, nur 476 615 Doppelcentner gegen 2 120 121 Doppelcentner im Januar 1885 und von Roggen nur 338 439 Doppelcentner gegen 1 124 046 Doppelcentner im Vorjahre importirt. Für die vier Haupt-Getreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) stellt sich die Januar-Einfuhr in diesem Jahre auf 1 467 210 Doppelcentner oder fast nur auf ein Drittel der Januar-Einfuhr 1885, welche sich auf 4 047 731 Doppelcentner bezifferte. Aber nicht nur gegen die Januar-Einfuhr von 1885, welche in Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung der Getreidezölle einen ungewöhnlichen Umfang erreichte, zeigt sich eine wesentliche Abnahme, sondern auch gegen frühere Jahre. So betrug z. B. die Januar-Einfuhr in den genannten vier Getreidearten 1884 2 965 115 Doppelcentner und 1883 2 791 509 Doppelcentner, so daß die diesjährige Einfuhr auch nur ungefähr die Hälfte dieser Mengen ausmacht. Auf den Ertrag aus den Getreidezöllen ist dieser Rückgang ebenfalls von entscheidendem Einfluß gewesen. Denn der Zollertrag bedroht sich für Januar 1883 auf 2 475 929 Mk., für 1884 auf 2 685 191 Mk., für 1885 auf 3 750 047 Mk., für 1886 aber, trotz der inzwischen erfolgten Ver-

dreifachung der Weizen-, Roggen- und Gerstezölle, nur auf 3 421 228 Mk. Wie unsicher und schwankend, vornehmlich je nach dem Ausfall der Ernten, die Einnahme aus hohen Getreidezöllen sein kann, lernen wir somit gleich im ersten Jahre durch eigene Erfahrung kennen.

## Ein Sieg des Deutschthums in den russischen Ostseeprovinzen.

Bei der gegenwärtigen Bedrängung des Deutschthums in den Ostseeprovinzen gewährt ein Sieg dieses Deutschthums daselbst um so größere Genugthuung. Diesen Sieg hat daselbst vor einigen Tagen bei den städtischen Wahlen in Riga erfochten, trotzdem daß von Seiten der ethnisch-lettischen Coalition unter russischem Schutze alles Mögliche versucht wurde, das Wahlrecht der Deutschen zu beeinträchtigen. Durch die Gouvernementsbehörde wurde nämlich unter dem Eindruck des wüsten Geschreies der nationalen Presse zur Beschränkung der Wahlberechtigung der zahlreichen Klasse der sogenannten „Literaten“, d. h. derjenigen, die eine Hochschule besucht haben, aber der Stadt keine Abgaben entrichten, sondern nur durch Zahlung einer Jahressteuer von 6 Rubeln Wahlberechtigung erhalten, geschritten, indem man den bezüglich geschlichen Bestimmungen eine andere Deutung gab, als die bis jetzt üblich gewesen. Mehr als 400 Personen wurden auf solche Weise plötzlich des Wahlrechts beraubt. Dessenungeachtet hat das „Allgemeine (deutsche) Comité“ alle seine 24 Candidaten mit der großen Majorität von 1000 Stimmen durchgebracht, während die Candidaten des lettisch-russischen Comité's durchgefallen sind. Mit Recht jaßt man dies als eine wichtige Kundgebung dafür auf, daß die bisherigen communalen Vertreter das Vertrauen der Bevölkerung vollumfänglich genießen. Zu bemerken ist, daß das „Allgemeine Comité“ sich hierbei keineswegs auf exclusiven Boden bewegt, sondern in seiner Candidatenliste auch sechs Russen und sechs Letten Aufnahme gewährt hat. Daß Russen und Letten also auch mit der deutschen Partei gehen, müßte der Regierung doch beweisen, daß es in Riga und in den Ostseeprovinzen viele Russen und Letten giebt, die mit der deutschen Ordnung der Dinge vollkommen zufrieden sind, und daß sie sich von wüsten Schreien leiten läßt, die aus egoistischen Zwecken unaufhörlich wüthen und agitiren.

## Die Lage im Orient.

Serbien zieht allmählich wieder das Friedensgewand an. Der Delegirte zu den Friedensverhandlungen, Mijatovic, ist gestern Abend mit dem Friedensinstrument aus Buzarest wieder in Belgrad eingetroffen. Sämmtliche Minister reisen in den nächsten Tagen nach Belgrad zu einem Ministerrath. — Der österreichische Gesandte, Graf Rebenhiller-Metich, wurde gestern Abend in Belgrad erwartet. Die Nachricht von seiner Abreise hat sich demnach nicht bestätigt. — Der König stiftete unter dem Namen „Königin-Natalie-Erinnerungs-Medaille“ eine Medaille für Frauen, welche sich in der Pflege für Verwundete ausgezeichnet haben.

Die gesamte Orientfrage ist durch den glücklich bewerkstelligten Abschluß des serbisch-bulgarischen Friedens in ein normales Fahrwasser hineingebügelt worden, wodurch ihre Ueberwachung bedeutend erleichtert wird und Europa Ruhe erhalten hat, den anderweitigen Einzelheiten der Orientfrage näher zu treten. Erst nach geschickener Revision des osmanischen Statuts, bemerkt dazu eine officiële Correspondenz, kann eine endgültige Verständigung wegen des Arrangements der bulgarisch-osmanischen Union in Frage greifen, und wenn zu diesem Behufe wiederum die Konstantinopeler Botschafterkonferenz — was aber neuerdings wieder zweifelhaft geworden ist — oder irgend eine andere Konferenz in Action treten sollte, so wird sie batenzwerthe Arbeit zu erledigen finden. Ein unmittelbarer politischer Scenenwechsel steht demnach kaum in Aussicht, man müßte denn etwa an Griechenland denken, das aber nun schon so lange die Erwartung Europas auf die Probe stellt, daß man an seiner Entschlußfähigkeit beinahe verzweifeln gelernt hat. Allein auch selbst, wenn der Hellenismus sich nachträglich noch zu einer Donquixoterie aufraffen sollte, dürfte doch dafür gesorgt sein, daß das Unheil, welches er etwa stiften mag, an Ort und Stelle localisirt bleibt und sich nicht über die Grenzen des Landes hinaus verirt. Die Symptome, daß man in Konstantinopel der Haltung Griechenlands überdrüssig wird, mehrten sich. Das gestrige Konstantinopeler Telegramm, welches erklärt, die Pforte beharre darauf, in keinerlei Verhandlungen wegen territorialer Zugeständnisse an Griechenland einzutreten, führt eine kaum mißzuverstehende Sprache. Wenn Herr Delhann mit seinen Entschlüssen schon im Reinen wäre, könnte er jetzt eine Klärung der Situation, nach der einen oder anderen Richtung, herbeiführen. Vielleicht aber, daß er es vorzieht, statt die Ereignisse selbst herbeizuführen, sie von anderer Seite herbeiführen zu lassen.

## Reichstag.

63. Sitzung vom 10. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schnelle Antrag der Abg. Windthorst und Graf Waldburg-Zeil: „Der Reichstag wolle beschließen, eine Erklärung dahin abzugeben, daß es unzulässig sei, einen Reichstagsabgeordneten wegen Äußerungen über Thatsachen, welche ihm in dieser seiner Eigenschaft mitgetheilt sind und welche er in Folge dessen im Reichstage vorgetragen hat, einem Zeugnißzwangsverfahren zu unterwerfen.“

Abg. Windthorst: Wenn man ohne weiteres zugeben wollte, daß ein Abgeordneter wegen hier im Hause gethaner Äußerungen der Pflicht des Zeugnißzwangs vor Gericht unterliege, so würde man damit eine weitgehende Beschränkung unserer Redefreiheit ermöglichen. Die Parlamente sind aber dazu da, daß Alles, was im Lande an Uebelständen existirt, hier ohne jedes Bedenken zur Sprache gebracht werden kann. Irigend einen Präcedenzfall zu dem Fall v. Schalka habe ich nicht aufzufinden können; die Sache bedarf also, da sie zum ersten Mal zur Erwägung steht und in der That von höchster Bedeutung ist, einer eingehenden Prüfung in einer Commission.

Abg. v. Bernuth (nat.-lib.): Die sehr bedeutsame

Frage bedarf der eingehendsten Erörterung und sorgfältigsten Erwägung in der Commission.

Abg. v. Hammerstein (cons.): Der Antrag ist zunächst formell unzulässig, denn wenn er angenommen würde, so würde sich der Reichstag damit ein Recht beilegen, das ihm nach der Verfassung nicht zusteht. Auch materiell ist er unannehmbar, da seine Annahme nur den Zweck haben könnte, einen Druck auf die maßgebende Behörde zur Einstellung eines gerichtlichen Verfahrens auszuüben. Wir werden durch den Antrag zu einer Parlamentsjustiz gelangen (Dho! links), die nichts besseres und nichts schlechteres sein würde, als die viel berufene Cabinetsjustiz. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links und im Centrum.) Art. 30 der Verf. schützt die Mitglieder des Reichstages gegen jedes straf- oder civilrechtliche Verfahren. Hier aber handelt es sich allein darum, daß er seiner bürgerlichen Pflicht, ein Zeugniß abzugeben, nachkommt. Wer einen Abgeordneten solche Dinge mittheilt, wie der Abg. v. Schalka sie hier vortrug, der muß gefast darauf sein, daß sie im Parlament zur Sprache gebracht werden. Den heutigen Antrag bitte ich abzulehnen. Mögen die Antragsteller eine andere Form für ihr Vorgehen suchen! (Beifall rechts. Unruhe links.)

Abg. Hänel (frei): Wenn der Abg. Windthorst heute so kurz in seiner Begründung war, so setzte er jedenfalls voraus, daß kein Mitglied des Hauses sich der gründlichen commissarischen Vernehmung einer Frage widersetzen würde, bei der es sich um wichtige Rechte des Hauses handelt. Wir haben aber bei uns leider keine wahre Torgartei, sondern unsere Conservativen sind nur eine Regierungspartei, die jeden Augenblick, wenn die Regierung ein Recht des Hauses bezweifelt, bereit ist, zu sagen, daß sie selber nicht an die Existenz dieses Rechtes glaube. In dieser Weise ist heute der Abg. v. Hammerstein thatsächlich verfahren; er stellte, ohne die Sache näher zu prüfen, sofort die Präsumtion auf, daß das Recht, welches uns der Antrag Windthorst sichern will, überhaupt nicht existire. Er hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, die gegentheiligen Ansichten, die selbst in der conservativen Presse geäußert worden sind, zu widerlegen. Was er hier vorbrachte, war so ungründlich und oberflächlich, daß er schon um seiner eigenen Person willen sich etwas mehr Mühe hätte geben sollen. Seine Deutung des Art. 30 der Verfassung ist durchaus unhaltbar. Jede Art der gerichtlichen, sei es strafrechtlichen oder civilrechtlichen Verfolgung ist schon durch den ersten Absatz des Art. 30 ausgeschlossen. Wenn dann noch hinzugefügt ist: „oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden“, so kann das nur den Sinn haben, daß überhaupt keine Behörde den Abgeordneten wegen einer in seinem Beruf gethanen Äußerung in irgend einer Weise, auch nicht als Zeugen, vor ihr Forum ziehen kann. Herr von Hammerstein meinte, der Antrag Windthorst würde uns ein ganz außerordentliches Privilegium geben. Der Herr hat sich nicht einmal die Mühe genommen, den von ihm selbst erwähnten § 54 der Strafproceßordnung zu lesen. Wo er gefunden haben würde, daß Geistliche und Rechtsanwälte ein solches Privilegium, wie es der Antrag Windthorst für Abgeordnete fordert, längst haben. Sollen wir eine mindere Redefreiheit beifügen, als die Geistlichen und die Verteidiger? Dr. v. Hammerstein sagte dann, wir wollten Parlamentsjustiz ausüben. So weit sind wir leider nicht; ich wünsche, wir hätten Parlamentsjustiz. In England würde ein Richter, der sich eines Bruches der Rechte des Parlaments schuldig machte, sich vor den Schranken des Parlaments deswegen verantworten müssen. Die Conservativen muthen uns in der That zu, wir sollen bei einem Bruch unserer Privilegien einfach den Mund halten. Eine tendenziöse und selbst eine nicht tendenziöse Regierung würde unsere Redefreiheit in unerhörter Weise beschränken können, wenn sie uns zwingen könnte für Thatsachen, die wir hier im Hause aufzählen, einer außerhalb des Hauses stehenden Behörde alles detaillirte Material zu unterbreiten. Ich stimme mit dem Abg. Windthorst für eine eingehende, sachgemäße Prüfung der ganzen Angelegenheit, obwohl ich bereits jetzt vollständig davon überzeugt bin, daß diese Untersuchung nur das Resultat ergeben kann: Eine Zeugnißpflicht der Abgeordneten wegen Äußerungen, die im Parlament gethan sind, besteht nicht. Auch ich bin deshalb für Verweisung des Antrages Windthorst an die Geschäftsordnungscommission. (Beifall links.)

Minister v. Bötticher: Ich habe selbstverständlich nicht das geringste gegen commissarische Vernehmung. Man kann sich ira et studio den Antrag des Abg. Dr. Windthorst nach seiner staatsrechtlichen Seite prüfen. Aber eine einseitige Erklärung des Reichstags kann doch nicht dazu führen, die Behörden, die die Geleise auszuführen haben, zu binden. Ich hätte es für richtiger gehalten, wenn ein Antrag auf Aenderung des betreffenden Verfassungsparagraphen gestellt worden wäre. Der Bundesrath hat sich der Prüfung dieser Frage noch nicht unterzogen, wohl aber die preussische Regierung, denn das Verfahren gegen den Abg. v. Schalka schwebt ja bei einem preuss. Gerichte. Die preuss. Regierung ist nun einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß Art. 30 den Abgeordneten nicht der Zeugnißzwangsbestimmung entzieht. Die preuss. Regierung hält eine Einschränkung des Reichstags in die Frage, wie Art. 30 ausgelegt werden soll, nicht für thunlich; der Richter soll sich durch die Geleise, nicht aber durch einen Anspruch des Reichstages bestimmen lassen. Auch materiell ist die Regierung der Ueberzeugung, daß die Abgeordneten dem Zeugnißzwang unterliegen. Sie hält einen solchen Eingriff des Reichstages für verfassungsmäßig unzulässig und nutzlos. Ich habe nichts gegen eine commissarische Vernehmung einzumenden, spreche aber die Hoffnung aus, daß aus der Commissionsberatung etwas Anderes herauskommt, als dieser Antrag. (Beifall rechts.)

Abg. v. Reinbaben (Rechts): Es ist eine Ehrenpflicht jedes Bürgers, ob hoch, ob niedrig, als Cidesehelfer den Staat zu unterstützen gegen diejenigen, welche die staatliche Ordnung durchbrechen. Der Antrag in der Form, wie er gestellt ist, enthält einen Eingriff in den regelmäßigen Lauf unserer Justiz. Es hat mich gewundert, daß diejenigen, welche den Reichstag im Gegensaatz zum Polizeistaat so stark umgiren, einen so geringen Respekt vor der Autorität der Gerichte haben, daß diejenigen, welche die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz wollen, so leicht geneigt sind, den Abgeordneten der Verpflichtung zu entziehen, die das Gesetz jedem Bürger auferlegt. Ich glaube, gewisse parlamentarische Vorgänge der letzten Zeit haben gezeigt, wie nützlich es ist, wenn die Gerichtshöfe die Controle über die Ausübung der parlamentarischen Rechte sind. (Rebafestes Dho! links.) Wir vertheilen uns der Ansicht nicht, daß ein Abgeordneter unter Umständen die Pflicht hat, gewisse Thatsachen hier von der Tribüne zur Sprache zu bringen, die er verschweigen müßte, wenn er wüßte, daß er gemungen werden könne, vor Gericht seine Quelle anzugeben, und daß dadurch unter Umständen seine Unabhängigkeit beeinträchtigt werden kann. Ich befreite aber, daß der vorliegende Fall Veranlassung giebt, eine erhöhte Garantie zum Schutz der parlamentarischen Redefreiheit in die Verfassung aufzunehmen. Es ist vielmehr sehr gut, daß es noch Mittel giebt, den Abg. v. Schalka dazu zu zwingen, dem Richter alles das



anzugeben, was er in Bezug auf das fragliche Münz-  
verbrechen weiß, denn es handelt sich bei diesem Ver-  
brechen um ein sehr wichtiges Staatsinteresse. Trotz  
dieser Bedenken sind meine politischen Freunde bereit,  
die Konsequenzen des vorliegenden Antrages in der Ge-  
schäftsordnungscommission näher zu erörtern. (Bei-  
fall rechts.)

Abg. Pfaffersott (Centr.): Hr. v. Reubaden hat  
die Sache nicht ihrem Ernst entsprechend behandelt.  
(Sehr wahr! links.) Wenn dem Reichstage nicht die  
volle Redefreiheit geliefert wird, so weiß ich nicht, welche  
Bedeutung er dann noch behält. Der Fall Schallha  
hat übrigens seine formelle Erledigung bereits gefunden,  
es kann also ein Eingriff in die Zuständigkeit einer Be-  
einträchtigung des Reichstages nicht in Frage kommen.

Abg. v. Malgahn-Gilg (cons.): Der Abg. Hänel  
hat meiner Partei vorgeworfen, daß sie die Rechte dieses  
Hauses nicht achtet. Ich weiß dies rund und nett zurück.  
Was wir behauptet haben, ist, daß unsere geltende Reichs-  
verfassung uns das Recht, welches hier angesprochen  
wird, nicht giebt. Wenn uns die Herren zu einer  
Erörterung der Frage auffordern, ob es richtig ist, die  
Privilegien dieses Hauses nach der Richtung des  
Antrages Windthorst zu verallgemeinern, so ließe  
sich darüber reden, aber einer Erklärung zuzustimmen,  
welche im Widerspruch mit meiner Ueberzeugung  
steht, das und das ist geltendes Recht des Landes,  
kann ich vor meinem Gewissen nicht verantworten.  
(Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Die Erklärung, welche ich be-  
antragt habe, ist beabsichtigend, ich konnte also meinen  
Antrag mit gutem Gewissen stellen. Ziele der Zeugnis-  
zwang nicht unter den Art. 30, so würde die Bestimmung,  
daß der Abgeordnete weder gerichtlich, noch disciplinärlich,  
„noch sonst“ zur Verantwortung gezogen werden dürfte,  
überflüssig sein. Gewiß steht in der Strafprozeßordnung  
kein Verbot des Zeugniszwangs der Abgeordneten.  
Der Richter ist aber verpflichtet, die Verfassung zu  
kennen. Daß die preuß. Regierung gegen meine Auffassung  
sein würde, konnte ich im Voraus annehmen, denn man  
ist in Preußen leider sehr geneigt, die constitu-  
tionellen Rechte möglichst einzuschränken. Wenn Herr  
v. Bötticher gemeint hat, daß unter Beschluß keinen  
Effekt haben werde, so gebe ich ja zu, daß unsere Reichs-  
verfassung noch nicht so weit ausgebaut ist, daß wir,  
wie das englische Parlament, Richter wegen Nichtbe-  
achtung unserer Beschlüsse vor unser Forum ziehen können.  
Aber ich glaube, daß die Richter sich wohl veranlaßt  
sehen würden, in sehr ernster Erwägung zu nehmen, ob  
sie sich mit einer solchen Erklärung in Widerspruch setzen  
wollen. Daß wir mit diesem Antrage eine Verleumdungs-  
sache unserer Beschlüsse vor unser Forum ziehen können.  
Aber ich glaube, daß die Richter sich wohl veranlaßt  
sehen würden, in sehr ernster Erwägung zu nehmen, ob  
sie sich mit einer solchen Erklärung in Widerspruch setzen  
wollen. Daß wir mit diesem Antrage eine Verleumdungs-  
sache unserer Beschlüsse vor unser Forum ziehen können.

Abg. Hänel: Nicht die Gegenstände der Rechte,  
sondern die Art und Weise, wie Herr v. Hammer-  
stein cavalieremäßig über unsere Gründe hinwegging,  
hat unseren Unwillen erregt. Der Beschluß der  
preussischen Regierung hat mit dieser Sache gar nichts  
zu thun. Ihr Vorgehen ist aber belehrend. Nimmst du  
ihren Standpunkt unbefremdet, wie weit die Gerichte  
ihre folgen oder nicht, so folgen wir diesem Beispiel und  
nehmen den Standpunkt ein, den wir für richtig halten.  
Ich leugne, daß der Art. 30 der belgischen Verfassung  
entnommen ist. Das Staatsministerium hat sich auch  
hier einseitig geirrt. Die Quelle reicht viel weiter  
zurück, sie ist zurückzuführen theils auf die amerikanische  
Verfassung, zunächst aber auf die französische von 1791,  
die ist zweifellos aus der Feder Mirabeaus geflossen.  
Die preussische Regierung wie die Conservativen haben  
also keine Ursache, sich in ihren Conclusionen so sehr zu  
beeilen. Schon deshalb empfiehlt sich die Commissions-  
beratung.

Staatssecretär v. Bötticher: Wir sind bei der  
Prüfung ausgegangen von der belgischen und der engli-  
schen Verfassung, die actenmäßig der deutschen Verfassung  
zu Grunde gelegen haben. Die preussische Regierung  
hat ein Recht, mit der Frage sich zu beschäftigen, erstlich  
als Mitglied des Bundesraths, dann aber auch vor  
Allem, weil ein Verfahren gegen einen Abgeordneten  
bei einem preussischen Gerichte schwebt und wir die Frei-  
heit der Gerichte wahren müssen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hammerstein (cons.): Ich constatire, daß  
gerade von Seiten der Fortschrittspartei im Wege der  
Parlamentaristik ein Druck ausüben versucht wird auf  
den preuß. Richter. (Hört! hört! rechts.) Hätte ich sonst  
Gründe gegen den Antrag gehabt, so hätte dieser hin-  
gereicht. Hr. Hänel hat mir dann unter dem Vorwand,  
ich sei völlig oberflächlich verfahren, nachweisen wollen,  
daß Reichsanwälte, Geistliche und Aerzte auch das  
Recht der Zeugnisverweigerung besitzen. Das verräth  
doch ein sehr mangelhaftes Verständnis des Strafge-  
büches in der Verfassung. Weiß denn der Abg. Hänel  
nicht, daß die Redefreiheit der Geistlichen und Aerzte  
auf Grund der Befreiung vom Zeugniszwang nirgends  
statuirt ist? (Lachen rechts.) Ebenso ist es unrichtig,  
wenn er meint, die Privilegien des englischen Parlaments  
gingen viel weiter.

Abg. Hänel: Was der Vorredner gesagt, gehört  
theils nicht zur Sache, theils ist es unrichtig. Herr  
v. Bötticher hat gemeint, daß ich der preussischen  
Regierung die Berechtigung zur Prüfung der Frage ab-  
gesprochen hätte — nein, ich habe nur gesagt, daß ich  
mich über die schnelle Stellungnahme der Regierung ge-  
wundert habe. (Sehr häufig war das Wort: die preussische  
Regierung sei berufen, die Unabhängig-  
keit der Richter zu schützen. Aber sie hat es da-  
durch, daß sie eine bestimmte Verfassungsinterpretation,  
vor welcher der Richter steht, im Voraus mit ihrer ganzen  
Autorität entscheidet. (Sehr gut! links.) Wenn so die  
Unabhängigkeit der Richter geschützt wird, so wird es der  
Hr. Staatssecretär nicht wunderbar finden, wenn auch  
wir untereinstimmen auf demselben Wege dasselbe erreichen.  
(Sehr gut! links.) Er sprach sodann über die Acten  
der Reichsverfassungsentscheidung und sagte, die habe er  
ihnen, wir wollen sehen, wer Recht hat? (Heiterkeit rechts.)  
Ich provocire auf diese Acten. Es giebt gar keine solchen,  
das Einzige sind die Commissionsberichte von 1848 und  
der Bericht an das Parlament, diese Dinge stehen uns  
zur Disposition, wie dem Ministerium; mehr steht  
nirgendwo zur Verfügung, und ich behaupte, daß in diesen  
Acten bei Gelegenheit dieses Paragraphen von einer be-  
stimmten Verfassung, aus welcher er entnommen sei,  
überhaupt keine Rede ist.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich kann doch die  
lechte Behauptung nicht unwiderprochen lassen. Ich habe  
behauptet, daß die Redactoren des Verfassungsentwurfs  
zum Vorbild genommen haben die englische und die  
belgische Verfassung. Bei dieser Behauptung verbleibe ich.

Abg. Hänel: Meint der Herr Staatssecretär unsere  
deutsche Reichsverfassung von 1867 oder die von 1848/49?  
Wenn diese letztere, so behaupte ich, daß gar keine Vor-  
lage existirt, sondern daß sie vom Verfassungsankauf  
gemacht ist, und daß keinerlei andere Acten existiren als  
in dem Bericht desselben. (Sehr richtig! links.)

Staatssecretär v. Bötticher: Ich kann natürlich  
nur von der deutschen Reichsverfassung sprechen, die jetzt  
in Gültigkeit ist, und der erste Entwurf dieser ist unter  
der Directive des jetzigen Reichskanzlers ausgearbeitet.

Abg. Hänel: Ja, wenn von 1867 die Rede ist, dann  
haben wir wieder einmal um einander herumgeredet.  
(Lachen rechts; murren links.) Die Verfassung von 1867  
enthält den Paragraphen genau so, wie die Reichs-  
verfassung von 1849, von besonderer Interpretationen  
und Acteninhalt bei Uebernahme in der von 1849  
kann gar keine Rede sein. (Beifall links. Widerspruch  
rechts.)

Staatssecretär v. Bötticher: Wenn der Abg. Hänel  
die Güte haben will, die Verfassung von 1848/49 mit  
unserer Verfassung zu vergleichen, dann wird er finden,  
daß der Wortlaut nicht übereinstimmt. (Hört! hört!  
rechts.)

Abg. Hänel: Dann habe ich nur noch zu sagen:  
Dann kann ich nicht leben. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der  
Deutschconservativen auf die Geschäftsordnungs-Com-  
mission verwiesen.

(Schluß in der Debatte.)

**Deutschland.**

\* Berlin, 10. März. Der Kaiser erlebte heute  
die gewöhnlichen Angelegenheiten. Das Befinden  
des hohen Herrn ist in fortwährender, erfreulicher  
Besserung begriffen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt hierüber: In Folge  
der einander oft widersprechenden Angaben über  
den Gesundheitszustand des Kaisers und Königs  
ist hin und wieder die Meinung entstanden, als ob  
das Unwohlsein Besorgniß erregend wäre. Das  
ist aber, dem Vernehmen nach, nicht der Fall;  
vielmehr werden nur größere Schonungsmaß-  
nahmen beobachtet, da bereits mehrere Male  
um diese Jahreszeit sich ähnliche Krankheits-  
Erscheinungen zeigten, die wie jetzt und namentlich  
vor einem Jahre einen hartnäckigen Charakter ent-  
wickelten. Daß von einer ausgeprägten Krankheits-  
form nicht die Rede ist, geht schon daraus hervor,  
daß für diese Woche, wie überhaupt jede Woche in  
der Fastenzeit, eine musikalische Soirée im königl.  
Palais in Aussicht genommen ist. Auch soll zur  
Feier des Geburtstages des Kaisers von Rußland  
am nächsten Sonntag bei den kais. Majestäten ein  
Diner stattfinden.

\* Berlin, 10. März. Wie verlautet, würde  
die kirchenpolitische Commission des Herren-  
hauses die zweite Lesung ihrer Beschlüsse morgen  
bereits beenden; es wird dann wohl auch endlich  
die Geheimthürerei in dieser Sache aufhören.

Die Ausschüsse des Bundesraths haben  
heute die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend  
die Abänderung des Servitutsrechts und der Klassen-  
einteilung der Orte begonnen. Möglicherweise  
wird die Vorlage noch nachträglich auf die Tages-  
ordnung der nächsten Plenarsitzung gesetzt werden.

L. Berlin, 10. März. Bei der Beratung des  
Polenentwurfes Achenbach u. Gen. im Ab-  
geordnetenhaus hat der Reichskanzler, indem er den  
Plan des Aufstellungsgesetzes skizzte, die  
Wiedereinführung der Erbpacht nur gestreift. Am  
14. Februar 1885 dagegen sagte Fürst Bismarck im  
Reichstage, daß man Domänen verkauft, das ist  
ein Palliativmittel, welches in Vorposten ver-  
sucht ist; das hilft aber nicht. Wenn Sie die  
Erbpacht nicht aufgehoben hätten, so würden Sie  
viele kleine erblichen Besitztümer noch entziehen sehen.  
Die Anlehnungsvorlage schließt die Erbpacht aus.  
Die Conservativen wollten aber, vielleicht im Ver-  
trauen auf die Worte des Reichskanzlers, die An-  
nahme der Vorlage von der Wiedereinführung der  
Erbpacht abhängig machen. Zu ihrer Ueber-  
zeugung hat Fürst Bismarck bei dem letzten  
parlamentarischen Diner das Wort gesprochen, die  
Erbpacht habe einen mittelalterlich-feudalen Anstrich  
— und siehe da! plötzlich verlautet bestimmt, die  
gebotenen Conservativen hätten auf die Ein-  
führung der Erbpacht Verzicht geleistet! „Das läßt  
sich nicht!“ sagt Herr Sabor.

\* Berlin, 10. März. Nach § 77 des Unfall-  
versicherungsgesetzes hat das Reichsversicherungs-  
amt alljährlich eine Nachweisung der gesamten  
Rechnungsergebnisse eines Rechnungsjahres nach  
Abschluß desselben für den Reichstag aufzustellen. In  
dem Bestreben, dem letzteren ein erschöpfendes Bild  
der gesamten Verwaltung der Berufsgenossenschaften  
bieten zu können, hat das Reichsversicherungsamt  
ein umfangreiches Formular aufgestellt und eine Con-  
ferenz der hier in Berlin wohnhaften Vorstände  
der Berufsgenossenschaften behufs Verständigung  
darüber abgehalten. Man hat sich hierbei allseitig  
über ein Formular geeinigt; um aber auch den  
übrigen Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu geben,  
etwas anzufragen oder Ergänzungen hinsichtlich  
dieses Formulars machen zu können, ist das letzte  
monatlich seitens des Reichsversicherungsamtes allen  
Berufsgenossenschaften mit der Befehlung zugegangen,  
ihre Gutachten bis zum 1. April d. J. zu erlaten,  
damit dieselben noch für Ausstellung des diesjährigen  
Berichtes an den Reichstag benützt werden.

\* [Die handelspolitische Seite des Monopols.]  
In den Reichstagsverhandlungen über das Brannt-  
weinmonopol ist auch die handelspolitische Seite  
der Monopolfrage mehrfach berührt worden. Da es  
eines der Hauptzwecke des Monopolprojekts ist, die  
Kartoffelbrennerei in Deutschland in ihrem gegen-  
wärtigen Umfange auch ferner zu erhalten, so  
würde die Notwendigkeit eines erheblichen Spiritus-  
oder Spirit-Exports, welche heute besteht, auch in  
Zukunft unter dem Monopol fortauern. Ja, das  
Quantum Branntwein, welches auf die Märkte des  
Auslandes zu bringen ist, müßte sich sogar anscheinlich  
vermehrten, denn in der Monopolvorlage selbst wird  
ein Rückgang des Branntweinconsums in Deutschland  
um 20 Proc. angenommen, und dieses vom inländi-  
schen Markt abgesetzene Quantum würde ebenfalls  
in der Hauptsache zur Ausfuhr gebracht werden müssen.  
Der Bedarf des Weltmarkts beläuft sich nun  
gegenwärtig auf ungefähr 150 Mill. Liter reinen  
Alkohols, von denen Deutschland 100 Mill., Ruß-  
land 30 und Oesterreich 20 liefert. Mit einem An-  
gebot von 180 Millionen Liter würde das deutsche  
Reich demnach zunächst den russischen und öster-  
reichischen Export vollständig vom Weltmarkt zu  
verdrängen und obenbrein noch für weitere 30 Mill.  
Liter Absatz zu suchen haben. Der Plan, mit den  
Mitteln der deutschen Steuerzahler jede ausländische  
Privat-Spiritusindustrie aufzuheben, ist zu be-  
kämpfen, ist unter diesen Umständen die Procla-  
mation der schärfsten Handelsfeindseligkeit.  
Es läßt sich nicht bestritten, daß gegenwärtig  
manche Staaten, speciell Oesterreich und Rußland,  
das Exportgeschäft ihrer Spiritusindustrien durch  
Ausfuhrprämien zu forciren suchen; aber auch  
im deutschen Reich wird seit Jahren in  
der Rückvergütung der Malzschraufener that-  
sächlich eine Ausfuhrprämie gezahlt. Alle  
diese Prämien sinken indessen zur Bedeutungs-  
losigkeit herab, wenn der Staat mit der größten  
und leistungsfähigsten Spiritus-Industrie, das  
deutsche Reich, es unternimmt, auf eigene Rechnung  
und mit dem Aufgebot aller seiner finanziellen  
Mittel die Privatindustrie anderer Länder  
rückwärts zu befähigen. Eine solche Kriegs-  
erklärung muß notwendig erbitterte Gegen-  
maßregeln hervorrufen, und zu diesen Maßregeln  
werden nicht nur diejenigen Staaten gedrängt  
werden, welche ihren Spiritusexport durch die  
Schleuderpreise des deutschen Reiches bedroht sehen,  
sondern auch die Staaten, deren Spiritusindustrie  
unter der unausbleiblichen Rückwirkung künstlich  
gedrückter Weltmarktpreise auf dem eigenen Markt  
gefährdet wird. Die Beherrschung des Weltmarktes  
durch die deutsche Monopolverwaltung, von welcher  
der Finanzminister v. Scholz so leichtsinnig derzins  
als von der einfachsten Sache spricht, würde  
nichts Anderes sein, als die Entfesselung eines  
handelspolitischen Kriegsfeuers, dessen  
verheerende Wirkungen ganz andere ge-  
werbliche Gebiete in Deutschland als die  
Spiritusindustrie schwer treffen könnten. Die Re-  
pressalien des Auslandes würden sich nicht auf die  
Beschränkung oder Aussperrung des deutschen Brannt-  
weins beschränken, sondern sicher den gemeinsamen  
Feind, der in einer heutigen Tags wohl unvorher-  
sehenen Weise den Weltmarkt zu vergewaltigen versuchte, auch  
in anderen Artikeln entschlossen zu schädigen streben,  
und auf diese Weise würden leicht andere deutsche

Industrien, welche mit dem Monopol an sich gar  
nichts zu thun haben, wie die chemische Industrie  
und die Textilindustrie, hauptsächlich die Kriegskosten  
zu tragen haben.

Das Monopolprojekt gerade in der Auffassung,  
welche der Finanzminister von Scholz proclamirt  
hat, bedeutet eine verhängnisvolle Verschärfung der  
handelspolitischen Zwietracht, unter der heute schon  
so viel deutsche Exportindustrien leiden, und ver-  
dient auch unter diesem Gesichtspunkt von allen am  
Export beteiligten Gewerbetreibenden geprüft und  
beurtheilt zu werden.

\* [Antrag bez. der Stenographie.] Zum zweiten  
Bericht der Commission für das Unterrichts-  
wesen über Petitionen hat der Abgeordnete v. Schenck-  
endorff, unterstützt von Mitgliedern verschiedener  
Fraktionen, folgenden Antrag eingebracht:  
„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In  
der Erwartung, daß die königliche Staatsregierung im  
Einblick auf den Nutzen, welchen die Stenographie, als  
eine verlässliche Schreibweise, sowohl für den allgemeinen  
Schulunterricht als auch für das praktische Leben  
mannigfach zu gewähren im Stande ist, den auf Ver-  
breitung der Stenographie gerichteten Bestrebungen dort,  
wo sich ein Bedürfnis hierfür zeigt, auch fernerhin eine  
wohlwollende Beachtung und Förderung neben dem  
sonstigen Unterricht zu Theil werden lassen wird, über  
die Petition, betr. die Einführung der Stenographie in  
den Schulunterricht, zur Tagesordnung überzugehen.“

\* [Der Großherzog von Hessen] und seine  
Tochter, Prinzessin Irene, bilden in St. Peters-  
burg den Mittelpunkt großer, allseitiger Auszeich-  
nung. Die englische Botschaft gab zu ihren Ehren  
ein Ballfest, die deutsche ein großes Diner. Es  
heißt, daß der Aufenthalt der Prinzessin Irene in  
St. Petersburg für die Dauer mehrerer Jahre in  
Aussicht genommen ist.

\* [Prinz Ludwig Wilhelm von Baden], welcher  
sich in Folge der Erkrankung seines Bruders, des  
Großherzogs von Baden, am vergangenen  
Sonntage nach Karlsruhe begeben, wird in etwa  
drei Tagen von dort in Berlin zurück erwartet.

\* [Baron de Courcel], der französische Bot-  
schafter in Berlin, hat Berlin auf einige Zeit ver-  
lassen. Während seiner Abwesenheit fungirt der  
Botschaftsrath Raimbre als interimistischer Geschäfts-  
träger.

\* [Berathung über Anti-Duell-Petitionen.] Die  
Petitions-Commission des Reichstages beriet  
gestern über eine Petition um schärfere Bestrafung der  
Duellen. Der Commissar der verbundenen Regierungen  
theilte mit, daß letztere mit der fraglichen Materie zur  
Zeit nicht beschäftigt seien. Die Staatsanwälte und die  
Gerichte hätten sich bisher conform dahin ausge-  
sprochen, daß die Mitglieder der Ehrengerichte,  
welche beim Duell mitwirkten, als strafbare Mit-  
thäter zu betrachten seien. Wie die Militärbehörden  
sich gegenüber den Ehrengerichten bei Duellen von  
Offizieren stellten, darüber konnte der Commissarius  
keine Auskunft geben. Die Debatte kam nicht zu  
Ende.

\* [Die Canalvorlage], welche dem Abgeor-  
detenhaus demnach vorgelegt werden soll, wird  
eine Ausgabe von über 70 Millionen erfordern.

\* [Ein Nachspiel zu den letzten preussischen  
Landtagswahlen] fand dieser Tage vor der Straf-  
kammer des Landgerichts zu Erfurt statt. Ein  
freiwilliger Landwirth aus Nottleben war, wie wir  
bereits früher mitgetheilt, unter Anklage gestellt,  
weil er bei der Wahlmännerwahl in der Dorf-  
schänke stehendes, wenn auch nicht poetisch schöne,  
sondern harmlose Gedicht ausgehängt hatte:  
„Ich gab dem Fied die Krone,  
und dir, o Mensch, zwei Bein,  
mit jedem Fuß anvertraut  
sich ins Wühlloch hinein!“

Anklage ging dahin, daß jener Landwirth  
ein Verbrechen begangen, welches einen anderen Inhalt als  
Anklagen über geistliche, nicht verbotene Ver-  
sammlungen u. enthielt, öffentlich angeheftet und  
mit diesem Plakate eine Bekanntmachung des Orts-  
vorstandes verdeckt, mithin groben Unfug verübt  
habe. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf  
Freisprechung, und die Anklagebehörde legte  
Berufung ein. Vor der Strafkammer führte  
mit der Vertreter des Angeklagten aus, ein  
Vergehen gegen das Preßgesetz könnte gar nicht in  
Frage kommen. Denn ein einfacher, von dem  
Angeklagten selbst mit einigen Versen beschriebener  
Zettel könne doch niemals ein Preßzeugniß ge-  
nannt werden. Das Preßgesetz könnte also schon  
aus diesem Grunde gar keine Anwendung finden.  
Auch von Verübung groben Unfugs könne absolut  
gar keine Rede sein. Uebrigens fordere das harm-  
lose Gedicht ja zur Wahl, mithin nicht zu einer  
verbotenen, sondern gerade zu einer gebotenen Ver-  
sammlung auf. Das Gericht eignete sich diesen  
Standpunkt an, verwarf die Berufung und  
legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

\* [Fasnachtsball im Königsschloß.] Unter dem  
Zeichen von Fasnachten und Fasnacht wurde durch den  
gegründeten Fasnachtsball im Königsschloß der Carneval  
von unterm Hofe verabschiedet. Auf diesem Feste der  
öffentlichen Lustbarkeit lag freilich das Feste-  
bleiben des Kaisers ein Schatten, den all der heitere  
Glanz nicht ganz hinwegzudenken konnte. Das bewegte  
Bild aber, das der weiße Saal mit seiner Festlichkeits-  
darbiet, das wieder von der alten, frohen Farbenpracht  
Unter dem taufendfältigen Kerzenglanz trug die fast  
durchweg lichte Farbe der Damenroben in das lebhaft  
Colorit der Uniformen einen munteren Schimmer.  
Die Festlichkeitsfeier, berichtet das „B. Z.“, setzte  
sich wieder aus der aristokratischen Welt, welche man bei  
Hofe zu sehen gewohnt ist, aus dem diplomatischen  
Corps, den hohen Würdenträgern des Staates  
und ihren Damen zusammen. Ein starkes Contingent  
stellte das Officierscorps; in dem bunten Gewimmel  
tauchten auch hier und da einige schwarze Punkte auf;  
man sah dann Vertreter unserer Reichsrepublik im  
Professorsaal, Stadträte, Mitglieder der goldenen Amts-  
kette, aber den schwarzen Frack, Repräsentanten unseres Kün-  
stlebens, unter denen die Köpfe des Operndirectors Hrn.  
v. Strang, des Professors Reising, der Bildhauer  
Schleinitz und Büchtemann in den Gesichtskreis traten.  
Die meisten der dieser Gesellschaftskategorie angehörigen  
Hofsäle überließen aber den weißen Saal der taugenden  
Welt und verließen in der Bildergalerie, wo die  
Kaiserin Cercle hielt. Nachdem der Kronprinz  
seine erlauchte Mutter aus dem grünen Salon in diesen  
Saal geleitet hatte, betrat derselbe mit seiner hohen  
Gemahlin und gefolgt von dem erbländigen Prinzen-  
paar, dem Prinzen Wilhelm und der Prinzessin  
Victoria den weißen Saal. Die Frau Prinzessin Wilhelm  
erschien nicht bei dem Feste; die hohe Frau hatte noch  
in letzter Stunde wegen Unwohlseins ablagen lassen.  
Der Kronprinz trug Kaiseruniform; die Frau  
Kronprinzessin eine Kose aus weißem Damast, eine  
Coiffure mit weißen Federn und um den Hals eine  
mehrfach geschlungene Perlenkette. Nachdem das kro-  
nprinzliche Paar die fürstliche und diplomatische Welt  
begrußt hatte, luden die Orchesterklänge zum Walzer.  
Die Prinzessinnen Charlotte und Victoria beteiligten  
sich lebhaft an dem Tanze.

\* Kiel, 8. März. Wie wir hören, wird der  
wegen Verdachts des Landesverraths in Haft be-  
haltene Rebeater Prohl in den nächsten Tagen  
nach Leipzig transportirt werden.

Posen, 10. März. [Zu den Ausweisungen.] Die  
aus Posen ausgewiesene Familie, Vater und sechs  
Kinder, über deren Zurückweisung durch die russi-  
schen Grenzbehörden in Alexandrow wir nach der  
„Pos.“ i. Z. berichtet haben, ist nunmehr nach  
mannichfachen fruchtlosen Versuchen, ihre Aufnahme

teilens der russischen Behörden zu erwirken, mittel-  
und beschäftigungslos nach Posen zurückgekehrt.  
Wie verlautet, sollen nunmehr die hiesigen behör-  
dlichen Organe mit der russischen Behörde in Cor-  
respondenz treten, um den Ausgewiesenen die Rück-  
kehr in ihre ursprüngliche Heimath zu ermöglichen.  
Die polnische Presse führt über die Mangelhaftig-  
keit der Ausfuhrbestimmungen in der Aus-  
weisungsangelegenheit Klage und empfiehlt den  
vorliegenden Fall der polnischen Landtagsfraction  
zur Beachtung.

Karlsruhe, 10. März. Bei dem Erbgroß-  
herzog ist nach einer gut verbrachten Nacht das  
Fieber im Rückgang, die Gelenkaffection ist eine  
mäßige, die inneren Veränderungen sind theils im  
langsamem Rückgang, theils stationär. (B. Z.)

Bonn, 10. März. Die „Rheinische Volkszeitung“  
veröffentlicht die Antwort der preussischen  
Bischöfe auf das Schreiben des Papstes vom  
6. Januar cr. Dieselben sprechen ihren Dank für  
das den preussischen Katholiken ertheilte Lob aus  
und betonen die Nothwendigkeit der Freiheit der  
Bischöfe bei der Verwaltung der Kirche und der  
Priestererziehung. (B. Z.)

Frankfurt.

Paris, 10. März. Das Gerücht von der  
Demission des Finanzministers Carnot wird von  
der „Agence Havas“ dementirt. (B. Z.)

Stalien.

Venedig, 10. März. Gestern Nacht ist ein  
Arbeiter der „Stazione maritima“ an der Cholera  
gestorben. (B. Z.)

Von der Marine.

V. Kiel, 8. März. Das Schulgeschwader,  
bestehend aus den Kreuzer-Fregatten „Stein“ und  
„Moltke“, den Kreuzer-Corvetten „Sophie“ und  
„Ariadne“, wird in den letzten Tagen dieses Monats  
in Wilhelmshaven erwartet. Der Geschwaderchef,  
Capitän zur See Stenzel, wird nach erfolgter  
Rückkehr von dem Commando des Geschwaders  
entbunden und es ist, wie man hört, der Capitän  
zur See v. Pawelz zum Geschwaderchef designirt.  
Das Geschwader wird Anfangs April von Wilhelmshaven  
nach Kiel in See gehen.

\* Der Kreuzer „Nautilus“ (Commandant  
Corvetten-Capitän Ködiger) ist am 10. März cr. von  
Shanghai nach Amoy in See gegangen.

Danzig, 11. März.

Wetterausichten für Freitag, 12. März.  
Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund  
der Prognose der Deutschen Seewarte.  
Bei frühem Ostwind ziemlich heiteres, trockenes  
Wetter mit wenig veränderter Temperatur.

\* [Schiffahrtssperre.] Ein heutiges Telegramm  
aus Helsingör meldet: Kattegat unpasirbar.  
Danziger Dampfer „Lufka“ nach Helsingör retournirt.

\* [Städtisches.] Nachdem die vorchristliche  
Auslegung des Haupthaushaltsetats der Stadt pro  
1886/87 nunmehr erfolgt ist, wird die Ueberreichung  
desselben an die Stadtverordneten-Versammlung  
zur Prüfung und Feststellung in der auf nächsten  
Dienstag anberaumten Sitzung der Stadtverordneten-  
Versammlung erfolgen und dabei gleichzeitig der  
in dem § 61 der Städteordnung vorgeschriebene  
ausführliche Bericht über den Stand und die Ver-  
waltung der Gemeindeangelegenheiten seitens des  
Magistrats erstattet werden.

Wie unseren Lesern bekannt ist, wurde vor  
einiger Zeit von Seiten der Staatsbehörden an die  
Stadt Königsberg der Anspruch erhoben, die  
Kosten der gesamten Equipirung der  
Schutzmannschaft auf den Stadtkassir zu über-  
nehmen und es wurde, als die städtische Ver-  
waltung sich zur Bestreitung dieser auf ca. 10 000 Mk.  
veranschlagten Summe weigerte, die zwangsweise  
Einstellung der 10 000 Mk. in den Communal-  
haushaltsetat verfügt. Wie es scheint, steht nun-  
mehr ein gleiches Verfahren auch der Stadt  
Danzig bevor. Auch hier hat, wie wir vernehmen,  
die Staatsbehörde das Verlangen an die städtische  
Verwaltung gestellt, daß dieselbe die Kosten der  
Equipirung der Schutzmannschaft auf den Com-  
munaleat übernehme. Die Summe, um welche es  
sich dabei handelt, wird unseren Etat ebenfalls mit  
ca. 10 000 Mk. belasten.

\* [Gewerbetag und Preisconcurrentz.] Der  
gewerbliche Central-Verein beabsichtigt bekanntlich,  
eine diesjährige General-Versammlung und den  
damit verbundenen Gewerbetag in Danzig abzu-  
halten, und zwar Anfangs September. Von einer  
größeren Ausstellung ist diesmal Abstand ge-  
nommen, dagegen soll auch bei dem Danziger  
Gewerbetage eine Preis-Concurrentz für Meister-  
arbeiten stattfinden. Nachdem in den Vorjahren  
die Gewerke der Tischler, Sattler und Töpfer dabei  
berücksichtigt waren, ist diesmal das Schlosser-  
gewerk zur Preisbewerbung ausgerufen und es sind  
denselben nach Vereinbarung mit den betreffen-  
den Gewerbetreibenden folgende Aufgaben gestellt worden:  
A. Ein vollständiger Beschlag zu einer zweiflügeligen  
45 Millim. (1 1/2 Zoll) starken Hausthüre (bestehend  
in 4 Aufzugsbändern, 1 langen und 1 kurzen Kanten-  
riegel, Einfiemelschloß mit Falle und Verschlußriegel,  
sowie schmiedeeisernen Drückern, Schließern und  
Schließblech). Der Verkaufspreis darf, auch für  
weitere Bestellungen, 60 Mark nicht über-  
steigen. B. Ein Gitterstück von 1 Meter  
Feldhöhe mit zwei Pfosten. Dasselbe ist ohne An-  
strich und Verkleidung einzuliefern. Verkaufspreis  
pro laufenden Meter (ohne Anstrich und Sodel-  
leine) nicht über 30 Mk. Die Anmeldungen zur  
Preisbewerbung sind bis 1. Mai an den Schrift-  
führer des Central-Vereins, Herrn G. Schlers in  
Danzig, zu richten, während die Concurrentz-Objecte  
spätestens am 27. August d. J. zur Einlieferung  
fertig sein müssen. Für die beiden besten Concurrentz-  
stücke jeder Kategorie sind Preise von je 100, bezw.  
50 Mk. ausgesetzt.

\* [Zubühnen.] Gestern beging, wie mitgetheilt ist,  
Herr Kanzleirath Burckhardt, Erster Gerichtsschreiber  
beim hiesigen Amtsgericht, sein 50jähriges Amtsjubiläum.  
Vom Könige wurde ihm aus Anlaß dieser Feier der  
rothe Adler-Orden 4. Klasse mit der Bahl 50 verliehen.  
Seitens der hiesigen Vorgesetzten und Kollegen wurden  
dem Jubilar gestern mannigfache Donationen und werth-  
volle Angebinde dargebracht.

\* [Rechtsgerichts-Entscheidung.] Die Vorlesung  
eines Abschnitts der „Thora“ vor versammelter jüdischer  
Gemeinde im Anschluß an vorangeschicktes und nach-  
folgendes Gebet ist, wenn die betreffende Gemeinde  
thatsächlich diese Thora-Vorlesung als einen Bestandteil  
ihres Gottesdienstes auffaßt, nach einem Urtheil des  
Rechtsgerichts vom 7. Januar d. J., auch rechtlich als  
ein Theil des jüdischen Gottesdienstes zu erachten und  
eine Störung dieser Thora-Vorlesung als Störung des  
Gottesdienstes zu bestrafen.

\* [Zehnjähriges-Jubiläum.] In der gestrigen Monats-  
sitzung des Vorstandes wurde Bericht erstattet über das  
am 6. d. Mts. begangene Stiftungsfest, dessen Ein-  
nahmen die Ausgaben nur etwa zur Hälfte gedeckt  
haben, welches aber dem Verein 56 neue Mitglieder  
gebracht hat. In der Polizeiverordnung bezüglich der  
den Kunden anzulegenden Marktkörbe heißt es, daß  
jeder Hund mit einem „vorschriftsmäßigen“ Marktkorb  
versehen sein muß. Nun hat es sich in wiederholten Fällen  
ergeigt, daß der Begriff „vorschriftsmäßiger Marktkorb“  
namentlich vor Gericht nicht festzustellen war. Die hiesige  
Polizeibehörde ist deshalb bestritten gewesen, einen vor-



schiffsmäßigen Maultorb, gleichsam einen Normalmaultorb zu beschaffen, welcher als Muster der Vorrichtungsmöglichkeit dienen soll. Obgleich, wie seitens der Polizeibehörde gethane Nachfragen ergeben, in anderen Städten Normalmaultörbe nicht existiren, sind doch 3 solcher Maultörbe, so einer von der Polizeibehörde in Berlin, der hiesigen Polizeibehörde mit dem Bemerkten überliefert worden, daß diese Maultörbe, die sie allen nötigen Ansprüchen genügen, als vorrichtungsmäßig gelten können. Der Vorliegende legte diese Maultörbe dem Vorstände vor, damit dieser sich über die Zweckmäßigkeit derselben äußere. Es wurden aber auch an diesen Maultörben verschiedene Ausstellungen gemacht und ging die Meinung des Vorstandes dahin, daß ein Normalmaultorb schwer herzustellen sei, daß vielmehr jeder Maultorb, der den Hauptzweck, den Hund am Gehen zu verhindern, voll erfüllt, als ein vorrichtungsmäßiger zu betrachten sei, wobei es nicht darauf ankomme, ob ein solcher aus Draht, wie die vorgelegten, oder aus Leder hergestellt sei. Ferner wurde beschlossen, die Gründung von Thierhuf-Ver-einen in den Städten der Provinz anzuregen.

**Landmännlicher Verein von 1870.** Vor einem zahlreichen Auditorium von Damen und Herren sprach am gestrigen Vereins-Abend Herr Franz Werner über den „Deutschorden und die Marienburg“. Nach einer Einleitung in poetischer Form gab Redner den Zweck seines Vortrages dahin an, diejenigen, welche die Werke Westpreußens, die Marienburg, noch nicht genügend zu würdigen verstanden, mit denselben bekannt zu machen, und ferner, das Interesse an der Wiederherstellung der Marienburg wahrzunehmen. Nach einer in's Einzelne gehenden Beschreibung des Ordens der Deutschherren, nach Herkunft, Sitten und Gebräuchen, wurde die Tätigkeit desselben in Preußen von den ersten Anfängen an geschildert. Zum Schluß des 1 1/2 stündigen, sehr heilsam aufgenommenen Vortrages hob Redner die große Bedeutung des Ordens als Ausbreiter des Handels in unserer Provinz hervor und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der hiesige Kaufmannstand hieraus für sich die Verpflichtung zur rechten Betheiligung an dem Ausbau der Marienburg ableiten möchte.

**Stadttheater.** Am Freitag hat Hr. Sauer, welcher mit dem Schluß der Saison unsere Bühne verläßt, ein zweites Benefiz, wozu er „Die regeleiteten Studenten“ von Benedix gewählt hat. Die Gemüthslichkeit und der frische burleske Humor, die in diesem Stück herrschen, versprechen für diesen Abend eine angenehme Unterhaltung. Auch werden die zahlreichen Freunde des Hrn. Sauer, der die Hauptpartie des Reinhold spielt, an seinem Ehrenabend nicht fehlen.

**Schwurgericht.** Eine sehr umfangreiche Angelegenheit gelangte heute zur Verhandlung, denn eine ganze Bande von 9 Personen erscheint auf der Anklagebank, welche des Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Verleumdung angeklagt sind. Die Angeklagten sind: 1) der Arbeiter Heinrich Carl Fregin (20 Jahre alt), 2) der Arbeiter Carl August Wischnitzki (20 Jahre alt), 3) der Arbeiter Wilhelm Kurovski (20 Jahre alt), 4) der Arbeiter Wilhelm Umland (18 Jahre alt), 5) der Arbeiter Johann Joch (20 Jahre alt), 6) der Arb. Albert Wischnitzki (24 Jahre alt), 7) der Arbeiter Heinrich Ludwig (22 Jahre alt), 8) der Arbeiter Paul Kurovski (20 Jahre alt) und 9) der Arbeiter Albert Schmeitowski (noch nicht 18 Jahre alt). Sämtliche Angeklagte sind aus Odra heimisch; mit Ausnahme der beiden 18jährigen sind sie sämtlich bereits ein oder mehrere Male vorbestraft. Die meisten von ihnen waren auf dem Rangirbahnhof beschäftigt. Dort hatten sie am 19. November v. J. ihren Arbeitslohn ausgezahlt erhalten. Sie begaben sich an diesem Abend nach dem Gasthof auf dem Büschelsberg, gen. „Büschelsberg“, wofolbst am dem Abend Tanz war. Wegen ihrer Arbeitskleidung und ihres Benehmens verweigerte ihnen der Wirth des Tanzlozals, Herr Thiene, den Eintritt in den Tanzsaal unter dem Vorbehalt, daß dort geschlossene Gesellschaft sei. Die Angeklagten hatten draußen ihre Jacken abgelegt und waren einer unter dem andern in den vor dem Tanzsaal befindlichen kleinen Saal einmarschirt, hatten sich dort vor dem Buffet aufgestellt und Schnaps gefordert. Thiene, der in dem Saale allein war, verbot ihnen den Zutritt aus Angst vor Säuküßern des Gewinns. Dann wollte sich Thiene hinausdrücken, um Hilfe zu holen. 3 oder 4 Mann vertrieben ihn indeß den Weg und hinderten ihn am Fortgehen. Inzwischen waren die Arbeiter, welche noch vorher einen Seemann genöthigt hatten, sie mit Schnaps und Cigarren zu tractiren, in den Garten gegangen und hatten die dort befindlichen 6 Lauben umgrissen und demolirt. Dann drang Kurovski wieder in den Saal, ergriff zwei Stühle und reichte sie seinen Kameraden hinaus mit den Worten: „Da habt Ihr noch mehr.“ Als Thiene nun nachsehen wollte, was im Garten passirt sei, erhielt er von dem Ang. Wischnitzki einen Schlag mit einem Stuhlbein über den Kopf, worauf Th. auf den Boden fiel. Die übrigen Arbeiter erhielten ebenfalls einen Schlag mit einem Stuhlbein. Dann begann pöblich vom Außen her ein förmliches Bombardement des Hauses mit Steinen, die durch alle Fenster hereingeflogen kamen. Thiene eilte noch einmal in sein Lokal und rettete sein Geld aus der Kasse, dann floh er über den Baum, um nach der Büschelsbergwache zu eilen und Hilfe zu holen. Unterdeß hatten die Arbeiter ihre Bestrafungswert an dem Tanzlokal fortgesetzt. Außer den 6 Lauben wurden 56 Fensterhebeln zertrümmert, die Büschelsbäume eingeschlagen, die Fensterrahmen demolirt, 8 Fische und 15 bis 20 Stühle zertrümmert, Kronleuchter und Lampen zertrümmert und etwa 200 Gläser vernichtet. Die weitere Demolirung hörte erst auf, als Thiene mit 6 Mann Soldaten von der Wache erschien, denn als die Demolirer die Soldaten erblickten, ergriffen sie die Flucht; doch gelang es, die Arbeiter Kurovski und August Wischnitzki, welcher letztere sich versteckt hatte und beim Abfluchen des Gartens erwidert wurde, zu verhaften. Die Angeklagten wollen sämtlich unschuldig an der That, die ihnen zur Last gelegt wird, sein. Sie seien vielmehr von anderen Personen angegriffen worden, worauf sie geflohen seien. — Außer wegen Betheiligung an den geschilderten Vorgängen ist der Arbeiter Albert Wischnitzki dann noch beschuldigt, am 7. December v. J. sich seiner Verhaftung durch den Schutzmann Amling und den Amtsdienier Marquardt widersezt, sich befreit und hierbei die Beamten beleidigt zu haben. Dieser Vorbestand wird theils durch das Geständnis des Angeklagten, theils durch die Aussagen der genannten Beamten bestätigt. — Trotz des Landfriedensbruchs wird durch die Zeugenaussagen die Schuld der Angeklagten fast unmissverständlich festgestellt, weshalb der Staatsanwalt die Anklage in allen Punkten aufreht erhält. Nur bezüglich des Arbeiters Umland beantragt der Staatsanwalt selbst das Nichtschuldig, weil bei ihm nach den heutigen Zeugenaussagen nicht erwiesen sei, daß er sich an den Verfassungen betheiligt. Die Vertheidigung konnte sich nach Lage der Sache nur bemühen, für ihre Klienten mitberühmte Umstände geltend zu machen. Die Geschworenen hatten im Ganzen 18 Schuldfragen zu beantworten.

(Die Verhandlung war bei Schluß des Blattes noch nicht beendet.)

**Polizeibericht vom 11. März.** Verhaftet: 1 Seefahrer wegen Hausfriedensbruchs, 4 Seefahrer wegen groben Unfugs, 1 Drabthändler wegen Aufsehrung, 25 Odaasche, 6 Bettler, 1 Betrunkener, 7 Dürren. — Gestohlen: 1 Oberbett, 1 Unterbett, 1 Kopfkissen sämtlich in rosa Einfärbung, 1 Kopfkissen in grau und rother Einfärbung, 1 Hüßel in blau und grauer Einfärbung.

**Aus dem Kreise Schlochau, 9. März.** In der zum hiesigen Kreise gehörigen Ortshaus Bölsig sind vier Töchter, wie sich der „Sel.“ berichten läßt, fünf Schul-kinder auf dem Wege nach der Schule erkranken.

**Platow, 10. März.** Der neulich von hier berichtete Vatermord ist nun von dem verhafteten Sohne, einem 28-jährigen Menschen, der am Thaborer erkrankenen Gerichts-Commission zugeführt worden. Die entsetzliche That ist mit allem Vorbedacht vollführt zu sein. Der Mörder soll dem Staatsanwalt selbst erzählt haben, daß er schon früher den Versuch gemacht habe, den Vater zu ertränken. Als derselbe nicht gelang, habe er einen kleinen Eichenstiel mit langer schärfer Spitze zum Mord-Instrument auszuwählen. Mit diesem habe er dann den Vater unterwegs rücklings niedergeschlagen und ihn nun in wahrhaft entsetzlicher Weise zugerichtet, die Leiche demnach in's Buschwerk ge-

schleppt. Familiäre Zwistigkeiten sollen das einzige Motiv der unmenschlichen That sein.

**Vermischte Nachrichten.**

**Berlin, 10. März.** Der berühmte österreichische Bierkönig Anton Dreher befestigt augenblicklich die Berliner Gesellschaft wegen einer geschäftlichen Abmachung, welche zwischen demselben und Herrn Matthias Bauer, dem bekannten Besitzer des gleichnamigen großen Wiener Cafés unter den Linden, am letzten Sonnabend zum Abschluß gelangte. Danach hat Herr Dreher von Herrn Bauer den von diesem am Anfang des Jahres 1884 zum preßischen Fiskus pachtweise auf sechs Jahre, d. h. bis Ende 1889 übernommenen und vollständig umgestalteten Altmährer Gomerbe- und Hygiene-Ausstellungspark in der Weise erworben, daß Herr Dreher gegenüber dem Fiskus für die restliche Dauer des Pachtvertrages in die Rechte des Herrn Bauer tritt und diesem den ganzen, das Eigentum des letzteren bildenden fundus instructus des Ausstellungsparks für die Kleinigkeit von 100 000 Mk. baar abkauft, wobei noch gewissermaßen die Teilnahme des Herrn Bauer an dem Unternehmen gemahrt bleibt. Montag Mittag erfolgte die Uebernahme der Baulichkeiten und des Inventariums des Ausstellungsparks in Anwesenheit des Dreher'schen Vertreters und eines dazu berufenen Comité's. Herr Dreher selbst, welcher während mehrerer Tage voriger Woche zu diesem Geschäftsbisitt in Berlin weilte, ist bereits am Sonnabend nach Wien zurückgekehrt. Diese Thatsachen sind sehr wohl geeignet, die Aufmerksamkeit des Berliner Publikums nachzurufen, das nicht ohne Interesse dieser Berliner Exposition des großen Wiener Bierkönigs zu folgen haben wird, der mit derselben einen Pilgerzug von der schönen Isar nach der Spree antritt, um sein Bier, das seit einem halben Jahrhundert das ganze große Conitungsgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie beherrscht, auch in der zur Weltstadt gewordenen deutschen Reichsstadt einzuführen. Hierbei tritt er gleich zu Anfang mit der ganzen Bedeutung seines Namens und seiner außerordentlichen materiellen Leistungsfähigkeit auf, denn außer den erwähnten Pacht-rechten des Herrn Bauer im Ausstellungspark und dem zu demselben gehörigen Privatinventarium hat Hr. Dreher auch das Haus Nr. 109 in der Leipzigerstraße behufs Errichtung eines großen Bier-Etablissements und am Anhalter Bahnhofe große Lageräume behufs Errichtung eines eigenen großen Bierdepots käuflich erworben, so daß das Engagement des Wiener Groß-industriellen von vorn herein das Stimmchen von etwa drei Millionen Mark repräsentirt, — bei dem fünfzig-jährigen Gulden-Millionär freilich noch immer eine Bagatelle.

Der Briefträger Barisch war bei Einleitung eines gegen ihn gerichteten Strafverfahrens seines Amtes entbunden worden. Vor etwa 3 Jahren verurtheilte ihn jedoch die zweite Strafkammer wegen Unterschlagung im Amte zu 4 Monaten Gefängnis; das gegen dies Erkenntnis angeordnete Rechtsmittel der Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen. Auf Grund neuer Beweismittel gelang es aber dem Vertheidiger, Herrn Reichsanwalt Dr. Winter, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erwirken. In dem neuen Verhandlungstermine stellte die Schuldlosigkeit des Angeklagten unabweislich heraus, so daß er erfolgte denn am 10. December 1885 vor derselben Kammer seine Freisprechung. Hierauf stellte der Vertheidiger bei der kaiserlichen Ober-Polizeidirektion den Antrag, den entlassenen, alten und rechtlichen Beamten in seine Stellung wieder einzufügen. Dieses Gesuchen wurde von dem Geheimen Postrat Schiffmann befürwortet, und in diesen Tagen hat das Reichs-Post-Amt die Wiederanstellung des früheren Briefträgers genehmigt; demselben wird noch im Laufe dieses Monats eine freigeordnete Stelle übertragen werden.

**Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.**

Berlin, den 11. März.			
Weizen, gelb	155,50	155,50	87,70
April-Mai	155,50	155,50	87,70
Sept.-Okt.	155,50	155,50	87,70
April-Mai	136,70	136,70	210,70
Sept.-Okt.	141,50	141,70	210,70
Petroleumpr.	200 8	23,90	23,90
Rüböl	44,00	44,00	20,41
April-Mai	44,00	44,00	20,41
Sept.-Okt.	46,20	45,90	20,35
Spiritus	37,40	37,50	69,70
März	37,40	37,50	69,70
April-Mai	37,40	37,50	69,70
4% Consols	105,50	105,50	139,00
3 1/2% westpr.	99,50	99,30	104,50
4% do.	101,10	101,10	115,70
5% Rum.G.-R.	96,90	96,90	57,20
Ung. 4% Glr.	84,70	84,60	57,20
II. Orient-Anl.	64,30	64,50	95,50

Neueste Russen 99,90 Danziger Stadtanleihe 100,00

Fondsbörse: ziemlich fest.

**Danziger Börse.**

Amstische Notierungen am 11. März. Roggen loco unverändert, 7er Tonne von 1000 Kilogr. feingelagert u. weiß 126—133 1/2 138—160 M. Br. hochbunt 120—129 1/2 125—152 M. Br. 169—158 hellbunt 120—129 1/2 125—150 M. Br. 169—158 bunt 120—129 1/2 130—155 M. Br. 169—158 roth ordinair 105—128 1/2 100—140 M. Br. 169—158 Regulirungspreis 126 1/2 bunt feinsten 135 M. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er April-Mai 136 1/2 M. Br., 7er Mai-Juni 138 M. Br., 7er Juni-Juli 140 1/2 M. Br., 140 M. Br., 7er Juli-August 142 1/2 M. Br., 142 M. Br., 7er September-Oktober 144 1/2 M. Br. Roggen loco matter, 7er Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig 7er 120 1/2 120—123 M. Br., 95—100 M. Regulirungspreis 120 1/2 feinsten inländischer 122 M. unterpoln. 97 M. Br., transit 96 M. Br. Auf Lieferung 7er April-Mai inländischer 124 M. Br., 123 1/2 M. Br., do. unterpoln. 99 1/2 M. Br., do. trans. 98 M. Br., 97 1/2 M. Br. Gerste 7er Tonne von 1000 Kilogr. große 111 1/2 126 M. Br., kleine 107 1/2 116 M. Br. Erbsen 7er Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- 124 M. Br., 7er Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 120—126 M. Br., 7er Tonne von 1000 Kilogr. 190 M. Br. Hedrich 7er Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 75—85 M. Kleesaat 7er 100 Kilogr. roth 74—76 M. Kleie 7er 50 Kilogr. 3,55—3,75 M. Spiritus 7er 1000 1/2 Liter loco 34,50 M. Br. Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage — gemacht, Amsterd. 8 Tage — gemacht, 4% Preussische Consolidirte Staats- Anleihe 105,25 Gd., 3 1/2% Preussische Staatsanleihe 100,25 Gd., 3 1/2% Westpreussische Pfandbriefe ritterschaftlich 93,00 Gd., 4% Westpreussische Pfandbriefe ritterschaftlich 101,00 Gd., 4% Westpreussische Pfandbriefe Neu-Landchaft 2. Serie 101,00 Gd.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 11. März.

Getreidebörse. (v. v. Morstein.) Wetter: Nachts leichter Frost, am Tage Schauerwetter. Wind: NW.

Weizen vertriebt für Transimare in schwacher Frage zu unveränderten Preisen, dagegen war inländischer begehrt und voll beauftragt. Bezahlt wurde für inländischen bunt 123 1/2 149 M. Br., hellbunt bezogen 122 1/2 146 M. Br., hellbunt frank 124 1/2 148 M. Br., hellbunt 122 1/2 149 M. Br., 123 1/2 150 M. Br., 127 1/2 152 M. Br., 153 M. Br., Sommer- 114 1/2 mit Geruch 140 M. Br., 130 1/2 153 M. Br. Tonne. Für polnischen zum Transit blaupolnisch 113 1/2 109 M. Br., 126 1/2 124 M. Br., bezogen 122 1/2 120 M. Br., 125 1/2 130 M. Br., bunt 113 1/2 116 M. Br., 124 1/2 132 M. Br., hellbunt frank 110 1/2 115 M. Br., 117 1/2 126 M. Br., 121 1/2 128 M. Br., hellbunt 121 1/2 133 M. Br., 120 1/2 134 M. Br., bunt glatt 128 1/2 137 M. Br., hochbunt 127 1/2 140 M. Br., 128 1/2 141 M. Br. Tonne. Für russischen zum Transit bezogen frank 115 1/2 115 M. Br., roth 121 1/2 135 M. Br., 124 1/2 138 M. Br. Tonne. Termine April-Mai 136 1/2 M. Br., Mai-Juni 138 M. Br.,

bez., Juni-Juli 140 1/2 M. Br., 140 M. Br., Juli-August 142 1/2 M. Br., 142 M. Br., Sept.-Oktober 144 1/2 M. Br. Regulirungspreis 135 M. Br.

Roggen war für inländische unverändert, für Transimare flauer und 1 M. billiger. Bezahlt ist für inländischen 117 1/2 120 M. Br., 122 1/2 122 M. Br., 124 1/2 123 M. Br., für polnischen zum Transit 111 1/2 95 M. Br., 118 1/2 96 M. Br., 120 1/2 97 M. Br., 123 1/2 98 M. Br., 125 1/2 100 M. Br. Alles 7er Tonne. Termine April-Mai inländischer 124 M. Br., 123 1/2 M. Br., unterpolnisch 99 1/2 M. Br., Transit 98 M. Br., 97 1/2 M. Br. Regulirungspreis inländischer 122 M. Br., unterpolnisch 97 M. Br., Transit 96 M. Br. Gerste ist bezogen inländ. kleine 107 1/2 116 M. Br., große 111 1/2 126 M. Br. Tonne. Hafer nur in guter Waare begehrt, abfallende schwer veräußert, bezahlt ist für inländische 120, 122, 126 M. Br. Tonne. — Erbsen inländ. Koch- 124 M. Br. Tonne bez. — Naps inländ. 190 M. Br. Tonne gehandelt. — Hedrich inländ. 75, 85 M. Br. Tonne bez. — Kleesaat roth 37, 38 M. Br. Tonne gehandelt. — Kleie polnische feine 3,55 50 Kilo gehandelt. — Weizen flauer 3,75 M. Br. 50 Kilo bez. — Spiritus 34,50 M. Br. bez.

**Productenmärkte.**

**Rügensberg, 10. März.** (v. Portatius u. Grothe.) Weizen 7er 1000 Kilo hochbunt 118 1/2 144,75, 123 1/2 151,75, 127 1/2 156,50, 157,50, 160 M. Br., bunt 123 1/2 145,75 M. Br., roth 124 1/2 157,50, 157,50, 160 M. Br., 121 1/2 136,50, 123 1/2 138,75, 126 1/2 138,75 und 127 1/2 143,50 M. Br. — Roggen 7er 1000 Kilo inländ. 117 1/2 121,75, 118 1/2 123, 120 1/2 125, 125,50, 123 1/2 125, 124 1/2 130,50 M. Br., russ. ab Bahn 113 1/2 91,75 M. Br. — Gerste 7er 1000 Kilo große 117, 120, 125, russ. 105,75 M. Br. — Hafer 7er 1000 Kilo loco 112, 124 M. Br. — Weizen 7er 1000 Kilo 108,75 M. Br. — Kleesaat 7er 50 Kilo roth 50,50 M. Br. — Thymian 7er 50 Kilo 15,50 M. Br. — Spiritus 7er 1000 Liter 35 ohne Faß loco 35 1/2 M. Br., 7er März 35 1/2 M. Br., 7er April 37 M. Br., 7er Mai-Juni 38 1/2 M. Br., 7er Juni 39 M. Br., 7er Juli 39 M. Br., 7er August 39 1/2 M. Br., 7er Septbr. 41 M. Br. — Die Notierungen für russisches Getreide gelten transito.

**Stettin, 10. März.** Getreidemarkt. Weizen beghrt, loco 133—154 M. Br., 7er April-Mai 156,50, 7er Septbr.-Oktober 165,50. — Roggen unveränd., loco 122—130, 7er April-Mai 133,50, 7er Sept.-Okt. 138,00. — Rüböl unveränd., 7er April-Mai 43,70, 7er Septbr.-Oktober 45,50. — Spiritus ermattend, loco 35,50, 7er April-Mai 36,40, 7er Juni-Juli 38,00, 7er Juli-August 38,70. Petroleum verfeuert, loco 114 1/2 120.

**Berlin, 10. März.** Weizen loco 140—162 M. Br., fein mährischer und Mecklenburger — M. ab Bahn, 7er April-Mai 154 1/2—155 1/2 M. Br., 7er Mai-Juni 157 1/2—158 M. Br., 7er Juni-Juli 159 1/2—160 1/2 M. Br., 7er Juli-August — M. Br., 7er Sept.-Oktober 165 1/2—166 M. Br. — Roggen loco 130—137 M. Br., mittel inländ. — M. Br., feiner inländ. 135 M. Br. ab Bahn, 7er April-Mai 136 1/2—137 1/2—138 1/2 M. Br., 7er Mai-Juni 137 1/2—138 1/2 M. Br., 7er Juni-Juli 139 1/2—140 1/2 M. Br., 7er Juli-August — M. Br., 7er Sept.-Oktober 141 1/2—141 1/2 M. Br. — Hafer loco 123—160 M. Br., oft- und westpreussischer 126—137 M. Br., pomm. und ostpreussischer 132 bis 139 M. Br., schlesischer und böhmischer 135—142 M. Br., feiner schlesischer, mährischer und böhmischer 143 bis 156 M. Br., russischer 127—130 M. Br. ab Bahn, 7er April-Mai 126 1/2—126 1/2 M. Br., 7er Mai-Juni 128 1/2 M. Br., 7er Juni-Juli 131 M. Br., 7er Juli-August 132 M. Br., 7er Sept.-Okt. 133 M. Br. — Mais loco 119—125 M. Br., 7er April-Mai 175 M. Br., 7er Mai-Juni 108 1/2 M. Br., 7er Septbr.-Oktober 110 1/2 M. Br. — Kartoffelmehl loco 15,80 M. Br., 7er März 15,80 M. Br., 7er April-Mai 15,90 M. Br., 7er Juni-Juli 16,00 M. Br., 7er August-Sept. 16,50 M. Br., 7er Sept.-Oktober 16,70 M. Br. — Erbsen Kartoffelmehl loco 15,80 M. Br., 7er April-Mai 16,00 M. Br., 7er Juni-Juli 16,50 M. Br., 7er Sept.-Okt. 16,70 M. Br. — Feinstes Kartoffelmehl loco — M. Br., Erbsen loco 7er 1000 Kilogramm Futterware 130—140 M. Br., Kochware 155—200 M. Br. — Weizenmehl Nr. 00 22 bis 20,25 M. Br., Nr. 0 20,25 bis 19,25 M. Br. — Roggenmehl Nr. 0 20 bis 19 M. Br., Nr. 0 u. 1 18,50 bis 17,50 M. Br. — Maizen 19,80 M. Br., 7er März — M. Br., 7er März-April 18,40—18,50 M. Br., 7er Juni-Juli 18,50—18,60 M. Br., 7er Juli-August 18,60—18,70 M. Br., 7er Sept.-Okt. 18,70—18,80 M. Br., 7er April-Mai 44,1—44,0 M. Br., 7er März-April 44,1—44,0 M. Br., 7er April-Mai 44,1—44,0 M. Br., 7er Juni-Juli 44,4—44,4 M. Br., 7er Sept.-Okt. 45,9 M. Br. — Petroleum loco — M. Br., Spiritus loco ohne Faß 36,3 M. Br., 7er März — M. Br., 7er April-Mai 37,4—37,6 M. Br., 7er Mai-Juni 37,7—37,9 M. Br., 7er Juni-Juli 38,7—38,8 M. Br., 7er Juli-August 39,5—39,6 M. Br., 7er August-Sept. 40,1—40,3 M. Br. — Magdeburg, 10. März. Zuderbericht. Kornzuder, ercl. von 96 1/2 23,00 M. Br., Kornzuder, ercl. 88 1/2 Rendem. 21,50 M. Br., Nachprodukte ercl. 75 Rendem. 19,00 M. Br. Rubig. — Gem. Raffinade mit Faß, 27,25 M. Br., gem. Melis I. mit Faß 26,25 M. Br. Rubig.

**Danziger Mehlpreise.**

Preisnotirungen der Großen Mehl-, S. Bartels und Comp., vom 11. März. — Weizenmehl 7er 50 Kilogr. Kaiserstuhl 17,50 M. — Extra superfine Nr. 00 13,50 M. — Superfine Nr. 00 11,50 M. — Feine Nr. 1 10,00 M. — Feine Nr. 2 8,50 M. — Mehlabfall oder Schwarmmehl 5,20 M. — Roggenmehl 7er 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 11,40 M. — Superfine Nr. 0 10,40 M. — Mischung Nr. 0 und 1 9,40 M. — Feine Nr. 1 8,10 M. — Feine Nr. 2 6,80 M. — Schwarmmehl 7,40 M. — Mehlabfall oder Schwarmmehl 5,40 M. — Kleien 7er 50 Kilogr. Weizenkleie 4,40 M. — Roggenkleie 4,20 M. — Graupenabfall 6,00 M. — Graupen 7er 50 Kilogr. Perlgraupe 21,50 M. — Feine mittel 17,50 M. — Mittel 14,00 M. — Ordinaire 12,50 M. — Grützen 7er 50 Kilogr. Weizengrütze 16,00 M. — Gerstengrütze Nr. 1 16,00 M. Nr. 2 14,00 M. Nr. 3 12,50 M. — Hafergrütze 15,50 M.

**Schiffs-Nachrichten.**

**Volgast, 8. März.** Laut hier eingegangener Nachricht ist das von Westindien mit Farberholz nach hier bestimmte Briggschiff „Graf von Arnim“ unter Hoyer's Leitung. Die Mannschaft ist geborgen und soll via Hamburg nach Hause expedirt werden. **Hamburg, 4. März.** In der Albeder Bucht liegen 15 Dampfer im Eise eingefroren; darunter der Dampfer „Holland“, welcher am Donnerstag von hier abgegangen war, um Ladung in Nafsfjord einzunehmen. **Christiania, 6. März.** Die Dampfer „Hindö“ und „Kener“ sind am 4. d. in Rastfjord bei Bodd mit einander in Collision gewesen und es ist letzterer auf 10 Faden Wasser gesunken. **Cuxhaven, 9. März.** Das englische Dampfschiff „John Johnsson“, von Newcastle mit Kohlen, stieß in der Eider-Ecke voll Wasser am Strande. Demselben sind gestern in ähnlicher Weise vorne an der einen Seite zwei, an der andern Seite eine Platte gesprungen, wodurch der Capitän, um das Sinken zu verhindern, sich genöthigt sah, den Dampfer an Grund zu setzen. — Nach anderen Nachrichten soll der „John Johnsson“ auch noch mit dem aufkommenden Dampfer „Etna“ collidirt haben. **C. New-York, 8. März.** Weiteren Berichten über den Brand im Dock der Monarch-Linie zu Jersey-City zufolge wurde der „Egyptian Monarch“, der fast seine ganze Ladung an Bord hatte, als das Feuer ausbrach, in den Strom bugirt und nur seine Bugs sind ein wenig verbrannt. Der Dampfer segelt morgen ab. Das Takelwerk des „Tydian Monarch“, drei Rettungsboote und der größere Theil der Holzbeladung seines Hauptdecks sind vernichtet. Der diesem Schiffe zugehörige Schaden wird auf 20 000 Dollars veranschlagt. Die im Dock zurückgebliebene Ladung des „Egyptian Monarch“ ist verbrannt. Der durch den Brand angerichtete Gesamtschaden wird auf 300 000 Doll. veranschlagt. **C. Philadelphia, 8. März.** Der Dampfer „British Prince“ von der American-Linie ist in Delaware Bay gescheitert. Die Passagiere sind hierher gebracht worden.

**Berliner Fondsbörse vom 10. März.**

Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und zumeist etwas niedrigeren Coursen auf speculativen Gebiete; in dieser Beziehung kamen die matten Tendenz-Meldungen, welche von den fremden Börsenplätzen und besonders aus Wien vorliefen, und andere von der Speculation ungünstig aufgefaßte auswärtige Meldungen zum Ausdruck. Das Geschäft gewann im Allgemeinen hebelebteren Umfang und bei überwiegender Neigung zu Regalationen blieben die Tendenzen

Anfangs eine weiche, erschien aber in der zweiten Hälfte der Börsenzeit wieder befeuert. Der Kapitalmarkt erwies sich fast für während fremde, festen Zins tragende heimische solide Anlagen. Die Cassenwerthe der übrigen Geschäftszweige waren gleichmüthig, wenig fest und ruhiger. Der Privat-Discount wurde mit 1 1/2 Procent notirt. Auf internationalem Gebiet setzten österreichische Credit-Aktien etwas niedriger ein und gingen mit einigen Schwankungen mächtig lebhaft um; auch Franzosen und Lombarden waren schwächer; andere österreichische Aktien und Noten etwas nach, auch ungarische Fonds gaben russischen Anleihen und Noten etwas nach, auch ungarische Staatsfonds sowie inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und ruhig. Bank-Aktien waren theilweise durch Realisationen gedrückt. Industrielle Aktien ziemlich fest aber ruhig. Monatswerthe schwach und still. Inländische Eisenbahn-Aktien wenig verändert und ruhig.

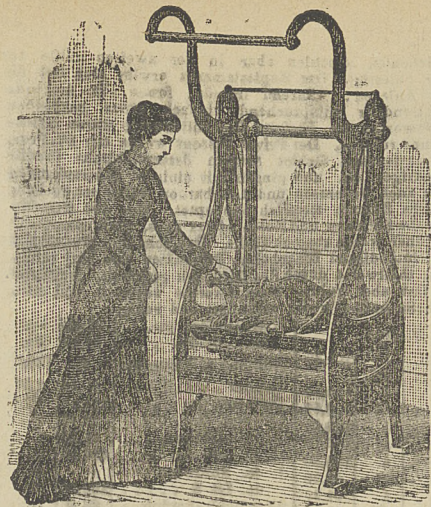
**Deutsche Fonds.**

Konsolidirte Anleihe	4 1/2%	105,75	Gallier . . . . .	85,90	4 1/2%
do. do.	4 1/2%	105,75	Gotthardbahn . . . . .	112,90	3 1/2%
Staats-Schuldscheine	3 1/2%	105,75	Kronpr.-Rud. Bahn . . . . .	77,90	4 1/2%
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	4 1/2%	105,75	Lüttich-Limb. . . . .	112,90	4 1/2%
Westpreuss. Prov.-Oblig.	4 1/2%	105,75	Osterr.-Frank. St. . . . .	416,56	6 1/2%
Landesh. Credit-Pfandb.	4 1/2%	99,50	do. Nordwestbahn . . . . .	289,00	3 1/2%
Ostpreuss. Pfandbriefe	4 1/2%	101,80	do. Lit. W. . . . .	66,40	—
do. do.	4 1/2%	99,50	Köln-Mind. . . . .	129,35	7 1/2%
Pommersche Pfandb.	4 1/2%	99,50	Schwelm. Unioab. . . . .	64,60	—
do. do.	4 1/2%	100,80	do. Westb. . . . .	22,80	—
do. do.	4 1/2%	100,80	Südosterr. Lombard . . . . .	207,50	—
Pommersche neue do.	3 1/2%	99,30	Warschau-Wien . . . . .	253,60	—
Westpreuss. Pfandb.	3 1/2%	99,30			
do. do.	3 1/2%	99,30			
do. do.	3 1/2%	99,30			
do. do.	3 1/2%	99,30			
Pomm. Rentenbriefe	3 1/2%	99,30			
Pommersche do.	3 1/2%	99,30			
Preussische do.	3 1/2%	99,30			

**Ausländische Prioritäten.**

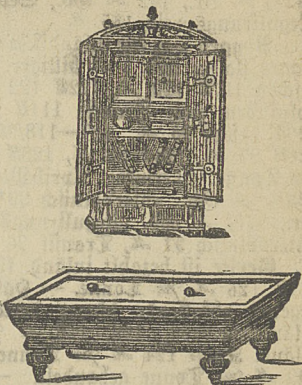
Gotthardbahn . . . . .	5	108,10
Kasch.-Oderb.-G.-R. . . . .	5	85,75
do. do. Gold-F. . . . .	5	104,10
Kronpr.-Rud.-Bahn . . . . .	4	75,40
Osterr.-Fr.-Staatsb. . . . .	3	80,70
Osterr. Nordwestb. . . . .	5	84,60
do. do. Lit. W. . . . .	5	66,40
do. do. Lit. W. . . . .	5	66,40
Köln-Mind. . . . .	5	129,35
Schwelm. Unioab. . . . .	5	64,60
do. Westb. . . . .	5	22,80
Südosterr. Lombard . . . . .	5	207,50





Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe zu und unter dem Kostenpreise:

**1 Victoria-Schwungmangel,**  
4 gepanzerte  
**Geldschränke,**  
6 Bierapparate,  
4 Billards  
mit Zubehör, alle Sorten  
Billardbälle, Tuche, Queueleder



**Carl Volkmann, Heil. Geistgasse Nr. 104.**

3554)

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an

U. Pöwold und Frau.  
Danzig, den 10. März 1886.

Die glückliche Geburt eines Tochterchens zeigen an

Gustav Selter  
und Frau, geb. Wille.  
Danzig, den 11. März 1886.

Die Beerdigung des Kaufmanns  
Ernst Friedrich Ullrich findet  
Freitag Nachmittag 2 Uhr nach dem  
Neuen Pfarrkirchhofe (Halbe Allee)  
vom Trauerhause aus statt. (9463)

**Auction.**

Freitag, den 12. März 1886,  
Mittags 1 1/2 Uhr,  
sollen im Börsenlocale öffentlich meist-  
bietend versteigert werden:  
8 Eßig Aktien, Litt. B. a. Nr. 500  
der Zuckerfabrik Prant.  
Ehrlich. (9384)



**Für Jagdliebhaber.**

Freitag und event. folgende Tage  
bei günstigem Wetter Jagdausflug  
der Dampfboot auf See.  
Reiche Jagdgebiete in Aussicht.  
Wilde Schwäne, Gänse, Enten  
u. a. m. in großen Schwärmen.  
Näheres in unserem Bureau Neue  
Langebrücke 13. Vorläufig sind auch  
die Fahrpreise a 5 A. zu haben. Es  
werden nur höchstens 10 Biletts für  
ein Dampfboot abgegeben. (9448)

**Gbr. Habermann & Co.**

Loose der Zoppoter Kinder-  
Heilstätten-Lotterie a 1 A.  
Loose d. Marienburger Pferde-  
Lotterie a 1 A.  
Loose d. Königsberger Pferde-  
Lotterie a 1 A.  
Loose der Casseler Pferde-  
Lotterie a 1 A.  
Lotterie (bei der General-  
Agentur in Berlin bereits vergriffen)  
a 1 A. 3,50.  
Loose der Ulmer Münsterbau-  
Lotterie a 1 A. 3,50. (9487)  
Loose der Pomm. Provinzial-  
Thierschau-Lott. a 1 A. 1 bei  
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

**Gesang.**

Damen, welche sich noch an meiner  
Chor-Gesangsstunde  
zu betheiligen wünschen, werden ge-  
beten, sich von 12-1 Uhr zu melden  
bei Frau  
**Geiger-Stolzenberg,**  
Breitgasse 120 I.

Schiller's sämtliche Werke  
in 4 Bden., statt 7 A., für 5,50 A.  
Schiller's Werke, illustrierte Grotte'sche  
Ausgabe, 12 Bde. in 6 Einbden., statt  
22,50 A. für 12 A. Schiller's sämt-  
liche Werke, illustrierte Bracht-Ausg.  
in 4 eleg. geb. Quartbänden, statt  
48 A. für 36 A. (9479)  
Vorwärts bei A. Trofen, Peter-  
siliengasse 6.

**Siedentop's Nachfolger**  
**Zahnarzt Peters.**  
Langgasse 28.

**Reifenlen,**  
**Rehrücken, Puten,**  
**Spannen**  
und  
**Hamburger Küken**  
empfiehlt (9476)  
**A. Fast.**

**HACKER-BRÄU**  
**MÜNCHEN**

**Hackerbräu**  
in Gebinden und Flaschen bei  
**Robert Krüger,** Hundegasse  
Nr. 34.  
Dominium Auer bei Liebenmühl  
Dörp. giebt  
**6 Stück Mastvieh**  
und einen schweren  
**Bullen**  
sofort ab. (9489)

## Beleihungen

städtischer Grundstücke werden am vorteilhaftesten durch den  
**Danziger Hypotheken-Verein**  
bewirkt. (9483)

Wir sind beauftragt, Darlehnsanträge entgegenzunehmen  
und hierüber jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

**Meyer & Gelhorn,**  
Bank- und Wechsel-Geschäft.  
Langenmarkt No. 40.

## Marienburger Pferde-Lotterie.

Ziehung am 1. Mai 1886

43 Hauptgewinne, bestehend:

in einer zweispännigen Equipage, einer einspännigen Equipage, drei  
gesattelten Reitpferden, 38 Luxus- und Gebrauchspferden,  
ferner in 2357 Gewinnen verschiedener Art im Werthe von 5-50 A.  
Loose a 3 A. zu haben in Marienburg bei Herren L. Giesow  
und O. Halb, in Dirschau bei C. Hopp, in Neuteich bei E.  
Wienss, sowie in der Expedition der Danziger Zeitung und der  
General-Agentur von Th. Bertling, Gerbergasse 2. (9506)

**Mecklenb. Hypotheken- und Wechselbank.**

Die Bank beleih gegenwärtig Grundstücke und Liegenschaften unkündbar  
zum Zinsfuss von

**4 1/2 Proc.**

einschließlich 1/4 Proc. Amortisation. Baare Valuta. Anträge werden von  
den unterzeichneten General-Agenten entgegen genommen und schleunige  
Regulierung zugesichert. Rückporto erbeten. (6039)

**Wilh. Wehl, Danzig.**

## Die Bürsten- und Pinsel-Fabrik

von  
**W. Unger,**

Langenmarkt 47, neben der Börse, Niederlage Langebrücke,  
empfiehlt

**sämmliche Bürsten für die Toilette,**  
für den Haushalt, die Equipage, die Landwirtschaft und  
alle technischen Gewerbe.

Bürsten für die Haut-Cultur,

**Stahlkopf-Bürsten,**

Piaffava-Artikel, Besen, Bürsten etc.

**Bürsten, Schrubber und Besen aus**

**India-Fischbein.**

Pinsel für Zimmer- und Dekorations-Malerei.

## Den Empfang der neuen Stoffe

für die  
**Frühjahrs-Saison**

zeige hierdurch ergebenst an.

**A. Willdorff, Langgasse 44,**

1. Etage. (9478)

## A. Ulrich, Danzig.

Specialität:

**Spanische, griechische, italienische,  
ungarische und Cap-Weine.**

Comtoir und Verkaufslager:

**18, Brodbänkengasse 18.**

Reconvalescenten von ärztlicher Seite empfohlen:

Mavrodafné . . . M. 1,85

Lagrymas . . . „ 1,80

Dunkler Malaga . . . 1,85

Ferner:

Portwein . . . A. 1,50	Marsala . . . A. 1,50	Tintillo . . . A. 3,00
Sherry . . . „ 1,50	Alicante . . . „ 1,60	Canarienseet . . . „ 4,00
Madeira . . . „ 1,50	Malvasier . . . „ 1,85	Pontas . . . „ 2,50
Moscato . . . „ 2,00	Pajarete . . . „ 2,50	Constantia . . . „ 4,50

per Flasche (1/4 Ltr.) incl. Flasche.

In Gebinden von 10 Ltr. an billiger. — Versandt nach auswärts  
prompt. — Ausführliche Preiscurante gratis und franco.

**Garantirt rein und echt.** (6204)

## Ludw. Zimmermann Nachf., Danzig,

Lager: Fischmarkt 20/21,

officieren zu sehr billigen an gros-Preisen:

Walzeisen in allen Dimensionen,  
Schmiedeeisen  
Ackergeräthe in Stahl u. Eisen,  
Achsel, rohe und abgedrehte,  
Wagenachsen, gebrochene,  
Bleche in Stahl und Eisen,  
Stahl in verschiedenen Qualitäten,  
Drahtstifte in allen Längen,  
Ketten, Viehfetten, sowie Schiffs-  
fetten,  
Hufeisen, fertige, in verschiedenen  
Größen,  
Hufnägel, blank, fertig gewischt,  
Zaundraht,  
Schleifsteine, englische,  
Maschinenmesserstahl.

Im Saale des Schützenhauses

Mittwoch, den 17. März cr., 7 Uhr:

## Sinfonie - Concert,

gegeben von der

## Philharmonischen Gesellschaft.

Maart, Sinfonie Es-dur.

Schumann, Ouverture zu Byron's Manfred.

Beethoven, Sinfonie Nr. 9, op. 125, D-moll mit dem Schlußchor  
im Finales über Schiller's Ode „An die Freude“.

Billets a 3 A., a 2 A., Schülerbillets a 1 A., bei F. A. Weber,  
Buch-, Kunst- und Musikalien-Handlung. (9503)

Den Mitwirkenden zur gef. Notiz, daß Freitag, den 12. d. Mts.,  
7 Uhr Abends, Probe mit Orchester stattfindet. Unbetheiligte haben  
keinen Zutritt.

## Strickgarn,

weiss und farbig Estremadura

von War Hauschild,

farbig 8f. Doppelgarn,

**D M C Strickbaumwolle a. Anäulen,**

(waschecht),

**Baumwollene Strumpflängen**

in reicher Farben-Auswahl empfiehlt

**Ed. Loewens.** (9477)

## Herrschaftliche Wohnung

zu vermieten.

In Kl. Hammer bei Bahnhof Langfuhr ist

von sogleich in unserm

## herrschaftlichen Wohnhause

eine Wohnung von 8-9 Wohnräumen mit Zubehör zu vermieten.

Zu besichtigen bei Meldung in unserm Comtoir zu Kl. Hammer.

Näheres bei uns zu erfahren. (9462)

**Danziger Actien-Bierbrauerei,**

Comtoir: Heil. Geistgasse 126.

## Strohüte

zum Waschen, Modernisiren,  
Färben.

## Federn

zum Waschen und Färben  
bitte baldigst einzuliefern. Die neuesten  
geschmackvollsten Formen in größter  
Auswahl liegen a. gefall. Anstich vor.

**Jenny Seifert,**

Nr. 37, Portschaffengasse Nr. 67.

## Blühende Rosen,

große Auswahl anderer blühender  
und nichtblühender Gewächse,  
Blumen-Arrangements in jeder  
Form und feinsten Ausführung  
empfiehlt billigt

**A. Bauer,**

Langgarten 38. (7275)

## Altes trocknes

## Buchen-Klobenholtz

(3 Fuß lang) empfehle, da ich meinen  
Hofplatz am 1. April a. e. geräumt  
haben muß, pr. Raummeter für 6 A.  
50 S. u. pr. Klafter f. 22 A., so weit  
der Vorrath reicht, franco Haus.

**Adolph Zimmermann,**

Folzmarkt 23, 1 Tr. Laßadie 34.

NB. Beste Holzlohlen, pr. Ctr.

3 A. 50 S. franco Haus, empfehle  
ebenfalls. (9499)

## Maschinenfabrik,

**Eisen- u. Metall-**  
**Gießerei.**

Lager von Hähnen, Ventilen,  
Kessel-Armaturen. (7517)

**J. Zimmermann,**

Danzig, Steindamm Nr. 7.

## Blaue Lupinen

offert billigt (9482)

**Julius Itzig,**

Hundegasse 30.

## Gold und Silber

kauf u. nimmt in Zahlung zu höchst  
hohem Preise (5354)

**G. Seeger, Juwelier,**

Goldschm. edegasse 22.

**Frachs** zu Festlichkeiten werden  
hies. vertrieben Breit-  
gasse Nr. 36 bei **J. Baumann.**

Ein  
**Spiritusreservoir,**  
10 000 Liter Inhalt, ist preis-  
werth zu haben bei  
**J. Moses, Bromberg.**

Auf m. Grundstück im Danz. Werder,  
5 culm. Hufen, Boden 1. Klasse,  
mit ganz neuen Gebäuden (der Leber-  
schwemmung nicht ausgesetzt) luche ich  
zur 1. Stelle 32,500 Thlr. gegen  
5 1/2 Zinsen auf 5-10 Jahre fest.  
Nur Selbstdarleher wollen ihre  
Adr. u. 9382 in d. Exp. d. Zig. einr.

Eine Dame sucht zum 1. April in  
einer gebildeten Familie eine  
gute Pension mit eigenem unmobl.  
Zimmer. Ad. mit Preisangabe u.  
381 in der Exped. erb.

Ein erfahrener junger Kauf-  
mann, unverheirathet,  
mit Prima-Referenzen, sucht per  
1. Juli oder später Stellung als  
Kassirer, Buchhalter oder Correspond.  
in deutscher u. franz. Sprache. Auch  
wäre ders. bereit, sich an einem rent.  
Geschäft, event. mit etwas Kapital,  
thätig zu betheiligen. Adr. u. 9386 in  
der Exped. d. Zig. erbeten.

Hundegasse 89 ist die 2. Etage, be-  
stehend aus 3 Zimmern, Küche  
und Zubehör, zum 1. April zu ver-  
mieten. Näheres Langenmarkt 11.

Ein großes febl. möbl. Zimmer mit  
Alfoden ist Höpfergasse 5, 1. Etage,  
zu vermieten. (9500)

## Langgasse 35

ist in der 2. Etage die neu  
decorirte herrschaftl. Wohnung,  
5-6 Zimmer, zu verm. (9504)

## Langenmarkt 47

ist die neu decorirte Wohnung der  
3. Etage, bestehend aus 2 Stuben,  
Kabinet, Küche, Entree, Boden zu  
vermieten.

## Gr. Gerbergasse 3,

ist die 1. Etage, 4 Zimmer und  
Zubehör, für 900 A. per anno,  
2. Etage, 5 Zimmer, Bade-  
zimmer und Zubehör für  
1100 A. per Anno zu ver-  
mieten. (5465)

Eine  
**herrsch. Wohnung**  
Heumarkt, 2te Etage gelegen, ist zu  
vermieten u. sofort zu beziehen.  
Näheres Vorstadt-Graben 47, I.

Frauentgasse 6 ist ein Comtoir zu  
vermieten. (4827)

Pögenbusch 33 ist die 3. Etage  
(2 Zimmer und Zubehör) zu  
vermieten. Näheres 2. Etage.

## Brodbänkengasse 28

ist die zweite Etage, bestehend aus  
6 Zimmern, 2 Kabinets und reich-  
lichen Nebenräumen für 1500 A. pro  
Jahr zum 1. April cr. zu vermieten.  
Näheres im Comtoir dafelbst.

Langfuhr 53, an der Hauptstraße  
Q gelegen, sind herrschaftliche Woh-  
nungen mit sämmtl. Zubehör, Kana-  
lisation, Wasserl., Waschküche, Entr.  
in den Garten, zu vermieten. Näheres  
A. Christoph, Langfuhr 52. (9297)

**Der Tunnel**  
**im Deutschen Hause**  
ist vom 1. April d. J. anderweitig zu  
vermieten, am liebsten nicht mehr als  
Restaurations-Local. Alles Nähere bei  
**August Küster,**  
Deutsches Haus.  
9349)

Eine neu decorirte herrschaftliche  
Wohnung ist Langgasse 71 sofort  
oder per 1. April zu vermieten.  
Näheres dafelbst im Laden.

**Naden** in Wohn. in Elbing, Alter  
Markt 61 a. v. N. 1 Tr.

Die 1. Etage Pögenbusch 10, bis  
jetzt von Herrn Major R. be-  
wohnt, ist vom 1. April d. J. möb-  
lirt auch unmoblirt, bestehend in zwei  
bis drei Zimmern, Garderobe und  
Kabinet auf einem Fluß, zu vermiet.  
Besichtigung von 11-1 Uhr Vor-  
mittags oder 5 Uhr Nachmittags.

Nach beendtem Umbau ist die  
1. Etage Alst. Graben 29/30,  
4 Zimmer und Zubehör, für 600 A.  
per Anno zu vermieten. (9488)

## Berjammlung

des Orts-Vereins der Tischler  
und Berufsgenossen

Sonnabend, den 13. März, Abends  
8 1/2 Uhr, im Vereinslocal Vorstadt-  
Graben 9. Tagesordnung. Monats-  
bericht. Medicinalverband u. Geschäfts-  
liches. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Vorher Bäderwechsel.

**Der Vorstand.**

J. A.: Mitglieder-Versammlung  
der eingeschriebenen Hilfskassen. Tages-  
ordnung. Monatsbericht. Geschäfts-  
liches. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Die örtliche Verwaltung. (9466)

## Danziger Stadttheater.

Freitag, den 12. März. Benefiz für  
Oscar Sauer. Die relegirten  
Studenten. Aufspiel in 4 Aufz.  
von Robert Schenke.  
Sonnabend, den 13. März. Ab. susp.  
Bei halben Preisen. Don Cesar.  
Operette in 3 Acten von Walter.  
Musik von Dellinger.

## Wilhelm - Theater.

Freitag, den 12. März 1886:

**Künstler- und**  
**Specialitäten - Vorstellung.**

Gastspiel der

**Kaiserlichen Japanesen-Truppe**

**John Gingerie, (8 Personen).**

**Mr. Raffin,** mit seinen dreifürten

**Schweinen und Affen.**

**Mr. Schilly,** gen. das medicinsche

**Käthel.**

Auftreten der Quettischen Geschwister

Monti,

der englischen Quettischen Mit Seyden

und Mit Warden,

der Sängerin Frä. Dierckh, Fräulein

Lucas,

des Komikers Frn. Zachtan.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Druck u. Verlag v. A. W. Kase man n

in Danzig.

Hierzu eine Beilage.



# Beilage zu Nr. 15739 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 11. März 1886.

## Reichstag.

(Schluß.)

Es folgt die erste Berathung des von dem Abg. Graf Moltke eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871.

Abg. Graf Moltke (cons.): Das Militärpensionsgesetz ist in drei Legislaturperioden hier im Hause durchgesprochen, es ist in drei Commissionen berathen worden. Es wird schwer sein, irgend etwas Neues in der Sache zu sagen. Mein Antrag ist nicht, wie man links gesagt hat, ein feindseliger Schachzug der Conservativen gegen das Beamtenpensionsgesetz. Dies ist mein Antrag, nicht der der Conservativen. Meiner Meinung nach war die Vereinigung beider Materien durchaus gerechtfertigt, dagegen scheint mir die Vereinigung der Pensionsfrage mit der der Communalsteuer der Offiziere ganz unbillig, denn die eine wendet sich an die Adresse der activen, die andere an die inactiven Offiziere. Inzwischen ist ja durch die vom Bundesrathe gemachte Vorlage die Steuerfrage der Offiziere in ein anderes Stadium getreten; ich glaube daher, daß für meinen Antrag ein Stein des Anstoßes jetzt fortgeräumt ist. Mein Antrag ist nicht durch irgendwelche Bedingungen belastet; ich hoffe, daß er in der vorliegenden einfachen Form angenommen werden wird. Die Offiziere sind jetzt vielfach gezwungen, länger zu dienen, als ihren Kräften nach empfehlenswerth erscheint. Aber es kommt noch Eines hinzu. Nach einem so großartigen Kriege, wie wir ihn geführt haben, wird jetzt in großartiger Weise eine Politik des Friedens ausgebaut. Das Fundament des Friedens und der diplomatischen Wirksamkeit ist unsere Armee. Wollen Sie die Armee stark und jugendkräftig erhalten, so geben Sie ihr das Pensionsgesetz. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda (nat-lib.) beantragt, den Gesetzentwurf einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen, und wünscht dringend, daß diese brennende Frage jetzt endlich zu einem befriedigenden Abschluß gelange.

Abg. Baumbach (freis.): Auch ich bin für eine Commissionsberathung. Im Uebrigen bedauere ich, erklären zu müssen, daß der Stein des Anstoßes, der mich verhindert, dem Antrag Moltke zuzustimmen, auch heute noch nicht beseitigt ist. Hr. v. Köller sagte neulich, wenn ein solches Militärpensionsgesetz 1871 vorgelegt worden wäre, würde Niemand es haben ablehnen können. Nun, 1871 wurde ein solches Gesetz vorgelegt und gleichwohl vom Hause abgelehnt; und zwar nicht bloß von der „nörgelnden“ Fortschrittspartei, sondern auch Männer wie v. Bonin und v. Bernuth stimmten dagegen. Das Argument, die Offiziere müßten bezüglich der Pension den Civilbeamten gleichstehen, würde nur dann völlig zutreffend sein, wenn die Offiziere sich nicht mehr durchschnittlich so viel früher pensioniren lassen würden, als die Civilbeamten. Man versteht es im Volke nicht, daß gerade nur der Offizier durch sein Ehrgefühl gezwungen sein soll, im kräftigsten Mannesalter, sobald er sich nur im Avancement übergeben wird, seinen Abschied zu nehmen, während sonst bei dem deutschen Beamtenthum gerade das Bestehen ein schöner Zug ist, so lange wie möglich im Amte zu bleiben. Der wichtigste Punkt bleibt aber für uns die Frage der Communalbesteuerung der Offiziere. Das allgemeine Reichsbeamtenrecht verlangt, daß die Offiziere ebenso wie alle anderen Beamten mit ihrem Privat-

wie mit ihrem Dienst Einkommen zu den Communalsteuern herangezogen werden. Die heute von der Regierung in dieser Beziehung eingebrachte Vorlage genügt uns nicht, weder materiell noch formell, und wir glauben nicht, daß wir diesen Weg mit betreten können. (Auf rechts: Ist auch nicht nöthig!) Ob es nöthig ist, wird sich noch finden. Die Vorlage will das Communalsteuerprivilegium der Offiziere in Bezug auf das Dienst Einkommen noch aufrechterhalten, beziehungsweise will sie die Regelung dieser Angelegenheit den Landesregierungen überlassen, deren Stellungnahme wir aber durchaus noch nicht kennen. Ich erinnere dabei daran, daß jetzt die Offiziere selbst anfangen, einzusehen, wie berechtigt unsere Forderung, sie sollen Communalsteuern zahlen, ist. Ihnen Allen wird die bezügliche Broschüre eines verabschiedeten Obersten, der wohl im Namen eines großen Theils der Armee geschrieben hat, bekannt sein. Es wird uns von der Regierung zugemuthet, einen Wechsel auf die Einzelregierungen zu ziehen, von dem wir noch nicht wissen, ob er honorirt werden wird. Dieser Vorschlag ist ein neuer Beweis für das jetzt herrschende heilagswerthe Bestreben unseres leitenden Staatsmannes, den Schwerpunkt der politischen Bedeutung Deutschlands aus dem Reich in die Einzelstaaten zu verlegen. Der Reichstag ist der Hauptträger der deutschen Einheitsidee; mit ihm steht und fällt das Reich; und wir werden nimmermehr Maßregeln zustimmen, die geeignet sind, sein Ansehen zu schwächen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Auch für mich ist Vorbedingung der Zustimmung zum Antrage Moltke, daß die Communalsteuerfrage geregelt wird. Ich hoffe aber, daß die Vertreter der Regierungen in der Commission uns Erklärungen über die Art und Weise geben werden, wie die Regelung der Communalsteuerfrage wenigstens zunächst für Preußen ins Auge gefaßt ist; und daß diese Erklärungen uns genügen werden. Dies ist mein und meiner Freunde aufrichtiger Wunsch; können wir dann dem heutigen Antrage zustimmen, so würde ich dies um so lieber sehen, als ich sehr gern dem Antragsteller eine Freude machen möchte. (Beifall.)

Kriegsminister Bismarck v. Schellendorff dankt dem Antragsteller Namens der Armee. Bedenken Sie nur: es ist der letzte General-Feldmarschall, den wir aus unseren Kriegen haben (Bewegung), und schon deshalb denke ich, seine Worte werden auf Sie den größten Eindruck gemacht haben. Im Uebrigen erkläre ich: die Regierungen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Pensions- und die Communalsteuerfrage der Offiziere nicht zusammengehören. Wenn aber der Abg. Baumbach heute Bezug nahm auf eine Broschüre eines verabschiedeten Offiziers, und sagte, derselbe habe im Namen der Armee gesprochen, so muß ich dagegen Verwahrung einlegen. Im Namen der Armee kann nur Einer sprechen, und das ist der Kaiser, oder diejenige Person, die er dazu autorisirt hat. (Sehr richtig!) Hr. Windthorst wünschte zu wissen, welchen Weg die preussische Landesgesetzgebung hinsichtlich der Communalbesteuerung der Offiziere wohl gehen würde. Ich werde Ihnen bei den Commissionsberathungen die nöthige Aufklärung geben.

Abg. v. Mantuffel (cons.): Seine Partei stehe in dieser Frage auf ihrem früheren Standpunkt. Er kündigt einen Antrag an, welcher dem Gesetzentwurf rückwirkende Kraft geben solle. Die Mittel dazu könne man wohl dem Reichsinvalidenfonds entnehmen.

Abg. Meyer-Zena (nat-lib.): Die Nationalliberalen haben dem Antrage ein außerordentliches Wohl-

wollen entgegengebracht. Sie wünschen, daß die Pensionsverhältnisse für die Offiziere ebenso geregelt werden möchten, wie für die preussischen Beamten. Die Communalbesteuerung der Offiziere gehört allerdings nicht ganz genau zu dieser Materie; aber wenn man eine Gleichstellung der Offiziere mit den Beamten in Bezug auf die Pensionen verlangt, dann muß auch eine Gleichstellung in Bezug auf die anderen Verhältnisse erfolgen. Die Frage der Pensionen und der Besteuerung ist für die Reichsbeamten in einem Gesetze erledigt, in dem Reichsbeamtengefeß.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) ist ebenfalls für Commissionsberathung.

Abg. Richter: Wir lauschen den Worten des Abg. Grafen Moltke mit aller Achtung, die diesem Mitgliede des Reichstags gebührt: es handelt sich aber bei seinem Antrage doch wohl weit weniger um militärisch-technische, als um allgemein politische Fragen, und wir können seiner persönlichen Autorität nicht in dem Maße wie einige der Vorredner die sachlichen Gesichtspunkte opfern, auch wenn er der letzte Feldmarschall aus dem großen Kriege wäre, was zu unserer Freude nicht der Fall ist. (Hört! hört!) Der Kriegsminister folgt ja auch der persönlichen Autorität des Antragstellers nicht in solchem Maße, wenigstens haben wir beim Nord-Deutsche-Canal die entgegengelegte Erfahrung gemacht, und doch handelte es sich da weit mehr um technische als um allgemein politische Erwägungen. Man ist heute etwas vornehm über die finanziellen Bedenken hinweg gegangen, die uns doch sonst gerade in der letzten Zeit mehrfach vorgehalten wurden, um uns für neue Steuern günstig zu stimmen. Das Beamtenpensionsgesetz kostet nicht so viele Hunderttausende zu seiner Ausführung, als das Militärpensionsgesetz Millionen, und zwar aus dem natürlichen Grunde, weil der Beamte nur bei völliger Erwerbsunfähigkeit, also selten vor dem 65. Jahre, pensionirt wird, während für die Pensionirung des Offiziers schon die Felddienstunfähigkeit genügt, während noch eine beträchtliche Erwerbsfähigkeit vorhanden sein kann. Aus demselben Grunde hat jede Erhöhung der Militärpensionen einen weit stärkeren finanziellen Effect als eine solche der Beamtenpensionen. Der Kriegsminister fordert uns auf, selbst Vorschläge zu machen, wenn wir es für so leicht hielten, die Frage der Communalbesteuerung der Offiziere von Reichs wegen zu regeln. Wenn er die Acten durchsieht, wird er finden, daß 1874 zum Reichs-Militärgefeß diese besondere Formulierung gemacht worden ist, daß die Besteuerung für Offiziere sich nach denselben Grundsätzen wie die für die Reichsbeamten zu richten habe. Diese Formulierung würde alle unsere Bedenken beseitigt und zudem eine grundsätzliche Gleichstellung der Offiziere und der Beamten zum Ausdruck gebracht haben. Der Vorschlag der Regierung ist nur ein Symptom zu anderen Symptomen, die Landesgesetzgebung mehr als die Reichsgesetzgebung auszubilden. Auch 1873 wurden uns beim Reichsbeamtengefeß die besten Hoffnungen gemacht, wo man sich ebenfalls auf die Landesgesetzgebung verließ. Das Gesetz kam auch eine Reihe von Jahren wegen derselben Frage der Communalbesteuerung der Beamten nicht zu Stande, weil man zuerst das ganze Dienst Einkommen der Beamten steuerpflichtig machen wollte; nachher hat der Reichskanzler hier im Reichstage in fast feierlicher Form versprochen, daß er seinen Einfluß als preussischer Ministerpräsident aufbieten würde, um die Beamten mit dem

vollen Dienst Einkommen heranzuziehen, das Gesetz kam zu Stande, aber das Versprechen blieb unerfüllt, von Seiten der Regierung ist nicht das Mindeste zu seiner Einlösung geschehen. Diese Erfahrung muß uns vorsichtig machen. In Preußen sind schon manche Vorlagen gemacht worden, denen auch das Abgeordnetenhaus zustimmte, die aber nachher nicht in der Gesetzsammlung erschienen sind; es kam dann gewöhnlich das Herrenhaus dazwischen. Eine ähnliche Entwicklung wäre bei der vorliegenden Frage keine Unmöglichkeit.

Das Haus verweist den Antrag mit großer Mehrheit an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 10. März.

Berathung des Kultusetats. (Kap. 116 a, 48 000 M. für den altkatholischen Bischof.)

Abg. Pieber (Centr.) ist durch die gestrige Erklärung des Kultusministers über die Regulirung der Ansprüche katholischer gegenüber altkatholischen Gemeinden nicht ganz befriedigt. Die versprochene Vermittelung der Regierung, den Streit zwischen den Katholiken und Altkatholiken in Wiesbaden zu schlichten, sei nicht ausgeführt.

Minister v. Gossler führt aus, daß die Behörden in Hesse-Kassau das Möglichste gethan, den Streit in Wiesbaden zu schlichten.

Abg. Lehmann (Centr.): Es sei ein schreiendes Unrecht, daß die große schöne Kirche Wiesbadens der großen katholischen Gemeinde entzogen und dem Häuflein Altkatholiken eingeräumt werde. Die Beseitigung des Altkatholikengesetzes sei eine unabweißliche Forderung.

Abg. v. Eynern (nat-lib.) ist darüber erstaunt, daß dieses Kapitel zu einer der hitzigsten Culturkampfdebatten benutzt worden sei. Nach der friedlichen Rede des Abg. Windthorst beim Eingang der Berathungen und den Erklärungen des Bischofs Ropp im Herrenhause gebe dies zu denken. Alle Parteien wünschten den Frieden. Nur Herrn Windthorst und seinem näheren Anhang (Aha! im Centrum) liegt daran, einen Frieden nicht zu Stande kommen zu lassen. Sollte ihr dies gelingen, so mache er, Redner, mit seinen Freunden die Hände in Unschuld. Man habe gesagt, daß die Curie nur ein Spiel treibe in dieser Sache. Er glaube an die Ehrlichkeit der Curie, den Frieden zu finden. Die friedfertigen Elemente des Centrums aber beschwöre er, den Abg. Windthorst zu verlassen, diesen Führer des intransigenten Welsenthums! (Oho! und Lachen im Centrum.)

Abg. v. Schorlemer (Centr.): Der Abg. Windthorst hat weiter nichts gethan, als daß er den Bischof v. d. Maritz und den Geh. Rath Kräzig gegen unberechtigte Anschuldigungen vertheidigt hat. (Sehr richtig! im Centrum.) Das nennt Herr v. Eynern einen wilden Culturkampf! Hr. v. Eynern mache seine Hände in Unschuld je länger je besser. Wenn er uns mahnt, Herrn Windthorst zu verlassen, so brauche ich ihm darauf nicht zu antworten. Wir haben anderen Personen, die mehr Gewicht haben als Sie, die entsprechende Antwort bereits gegeben. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Gossler erweitert und belegt seine vorherigen Angaben über die Verhältnisse in Wiesbaden durch Mittheilung inzwischen zur Stelle geschafften Actenmaterials. Die Berichte ergeben, daß ein Stöden in den Verhandlungen nicht eingetreten und eine Beilegung und Erledigung in Aussicht steht.



Abg. Windthorst: Wenn wir hier etwas vermissen, so ist es nicht das Wohlwollen des Ministers, sondern es ist die Energie der Unterbehörden. Dem Abg. Eynern sage ich, daß wir sehr dankbar sein werden, wenn im Herrenhause etwas zu Stande kommt, was den Frieden dauernd anbahnt. Wenn Sie etwa glauben, wir werden uns durch die Verhandlungen im Herrenhause und durch die friebliche Auslichtung mundtot machen lassen über jede Einzelbeschwerde, so irrt er sehr. Wenn er mich wieder wegen meiner Unhänglichkeit zum hannoverschen Königshause angreift, so mag er dies ruhig thun, ich habe andere Begriffe von Königstreue, wie der verehrte Herr; ich ziehe meinen Rock nicht auf höheres Belieben an und aus. (Sehr gut! im Centrum.) Unser Verhalten gegenüber den Altthatsachen ist durchaus nicht intolerant, wir müssen so denken, denn ihre Handlungen in unserem Gotteshause gelten für uns als sacrilegisch. (Beifall im Centrum.)

Abg. Spahn (Centr.) verteidigt die katholische Lehre, den katholischen Ritus und die Gesinnungen der Katholiken gegen die Broschüre eines Professors der evangelischen Theologie in Königsberg.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) spricht sein lebhaftes Bedauern über solche nichts weniger als zu diesem Kapitel gehörige heftige Ausführungen aus, welche an die heftigsten Zeiten des kirchenpolitischen Streites erinnerten.

Abg. Theissing (Centr.): Auch er sehne den Frieden für seine Kirche herbei, aber einen Frieden, auf welchen der katholischen Kirche möglich sei einzugehen, ohne sich dem Untergange preisgegeben zu sehen.

Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Die wilden Reden der Herren Windthorst und Spahn zeigen, wie man den Frieden garnicht will, sondern nur hegen. (Ohl im Centrum.) Dinge, wie sie Hr. Spahn hier vorgetragen hat, sind von katholischen Blättern weit überboten worden. (Ohl im Centrum.) Ich erinnere Sie nur an die schandbaren Lutherartikel in der Zeitung „Germania“.

Abg. Lieder (Centr.) Der Vorredner und seine Freunde hätten sich in die tiefsten Geheimnisse der katholischen Lehre stets eingemischt. Hr. v. Eynern sollte doch mit seinen Vorwürfen vorsichtig sein, namentlich auch mit dem unserer Abhängigkeit. Er möge sich nur erinnern, wie oft der Name der „Mameluden“ Anwendung auf gewisse Leute gefunden hat. (Weiterkeit.) Er sitzt im Glasbause, und möge sich vorsetzen, daß ihm nicht das Dach eingeworfen wird. (Weiterkeit.) Redner bittet, in der Wiesbadener Angelegenheit auf Beschleunigung hinzuwirken.

Minister v. Gösler erklärt, daß alles in dieser Beziehung geschehen sei und geschehe.

Das Kapitel wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und einiger Conservativen bewilligt.

Bei Kap. 118, „Prüfungscommissionen“ 93 823 M., präsidirt Abg. Kropatschek (cons.) für eine anderweite Gestaltung der Zeugnißgrade für die Lehrer an höheren Lehranstalten.

Minister v. Gösler erwidert, daß der Forderung durch die neu ausgearbeitete Prüfungsordnung zu entsprechen gesucht werde, welche jetzt zur Begutachtung an zahlreiche hervorragende Autoritäten im Schulfache gelangt worden sei.

Abg. Schmidt-Stettin (freis.) empfiehlt bei der Regelung der Abscensionsfrage mehrere Provinzen zu vereinigen und bittet, die Regelung der Prüfungsfrage zu beschleunigen.

Auf eine Anfrage des Abg. Graf (nat.-lib.) erklärt Minister v. Gösler, daß die Frage der Einsetzung besonderer Prüfungscommissionen für Chemiker ihrem Abschlusse ziemlich nahe gerückt sei.

Abg. Goldschmidt (freis.) erneuert die Bitte, daß in den Lehrplan auch der technischen Hochschulen die Nahrungsmittelchemie aufgenommen werde.

Abg. Lieder unterstützt den Wunsch der beiden Vorredner namens des Centrums.

Bei Kap. 119 „Universitäten“, wünscht Abg. Kropatschek (cons.) die Bewilligung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für die Custoden der Universitätsbibliotheken.

Abg. Reinhold (nat.-lib.) brinat den Verfall des juristischen Studiums auf den Universitäten zur Sprache, dem zweckmäßig durch Einführung eines Tentamens innerhalb des Trienniums entgegenzuarbeiten wäre. Es sei eine unbestreitbare Erfahrung, daß die Mediziner allgemein als die fleißigsten, die Juristen als die wenigst fleißigen Studenten gelten.

Abg. Szwalle (Centr.) leugnet das Vorhandensein von Uebelständen in dem vom Vorredner behaupteten Umfange. Die Juristen ständen den übrigen Studirenden durchaus nicht nach.

Abg. Birchow (freis.) bestätigt gegenüber dem Vorredner, daß im Volke allerdings die Meinung sich immer weiter verbreite, daß es mit den Größen auf dem Gebiete der Juristen abwärts gehe; die Verhandlungen des Reichstags über die Wiedereinführung der Berufung seien ein klassisches Zeugnis dafür.

Abg. Seelig (freis.) hält es für seine Pflicht, die fleißigen Studenten endlich einmal auch in diesem Hause zu verteidigen; natürlich schließe er von dieser Fürsprache die Belücher der Vergnügungsuniversitäten aus. (Weiterkeit; Rufe: Heidelberg!) Die juristischen Seminarien würden sehr gut besucht. Widerspruch des Abg. Reinhold. Ja, wenn Sie nicht drin gewesen sind, können Sie es nicht wissen. (Große Heiterkeit.) Mit solchen allgemeinen Redewendungen könne man den jungen Juristen nichts anhaben. (Beifall.)

Auch Abg. Lehmann (Centr.) erklärt die Behauptungen des Abg. Reinhold für sehr übertrieben. Lassen Sie die jungen Juristen immerhin etwas bummeln, ein junger Jurist, der einen mäßigen Frühschoppen zu sich nimmt, ist mir lieber als einer, der ihn perhorrescirt! (Heiterkeit und Beifall.)

Minister v. Gösler: Die zwischen meinem und dem Justizressort über die Einführung eines Zwischenexamens geführten Verhandlungen haben ergeben, daß die gedachte Einrichtung unausführbar ist. Die Juristen sind in der That heute nicht schlechter als früher. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Stettin (freis.) tritt ebenfalls den Ausführungen des Abg. Reinhold entgegen. Das juristische Talent der studirenden Jugend zeige sich auch auf den Bierconventen (Heiterkeit), er sei als Student oft auf solchen Bierconventen mit dem Mitgliede des Hauses Hrn. v. Meyer-Umswalde zusammen gewesen, und es seien dessen Urtheile stets sehr verständlich befunden worden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bachem (freis.) weist darauf hin, daß nach Ausweis des Parlamentsalmanachs die Schwierigkeit des juristischen Studiums den Abg. Reinhold nicht verhindert habe, gleichzeitig noch Staats- und Cameralwissenschaft, klassische Sprachen, Sanskrit und Sprachvergleichung (Heiterkeit) zu studiren, sowie daß ihn seine jetzige Thätigkeit als Amtsrichter nicht gehindert habe, für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften thätig zu sein und ein Buch über „das deutsche Volksthum und seine nationale Zukunft“ zu schreiben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Reinhold verwahrt sich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit, der schon durch die Thatfache entkräftet werde, daß Hr. Birchow ihm beigeprungen sei; auch der Abg. Prof. Enneccerus sei völlig seiner Ansicht. Die Debatte wird geschlossen und der Titel bewilligt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 158,00—162,00. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 138—146, russischer loco rubig, 106—110. — Hafer fest. Gerste rubig. — Rübsöl still, loco 44. — Spiritus still. 700 März 26 1/2 Br., 700 April-Mai 26 1/2 Br., 700 Mai-Juni 26 1/2 Br., 700 August-September 29 Br. — Kaffee fest, Umsatz 5000 Sack. — Petroleum rubig, Standard white

loco 7,45 Br., 7,35 Gd., 700 März 6,75 Gd., 700 August-Dezember 7,15 Gd. — Wetter: Heiter.

Bremen, 10. März. (Schlußbericht.) Petroleum rubig, Standard white loco 6,75 Br.

Wien, 10. März. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 86,15, 5% Oesterr. Papierrente 101,95, Oesterr. Silberrente 86,25, Oesterr. Goldrente 114,80, 4% ungar. Goldrente 104,62 1/2, 5% Papierrente 95,60, 1854er Loose 128,50, 1860er Loose 140,75, 1864er Loose 170,75, Creditloose 179,75, ungar. Prämienloose 122,00, Creditactien 297,70, Franzosen 256,00, Lombarden 126,01, Galizier 211,00, Lemberger-Carolinien-Jasch-Eisenbahn 235,00, Pardubitzer 164,25, Nordwestbahn 174,00, Elbthalbahn 168,50, Elisabethbahn 245,75, Kronprinz-Rudolfbahn 191,75, Nordbahn 237,50, Unionbank 73,50, Anglo-Austr. 118,00, Wiener Bankverein 111,50, ungar. Creditactien 304,75, Deutsche Wäse 61,65, Londoner Wechsel 125,90, Pariser Wechsel 50,00, Amsterdamer Wechsel 104,45, Napoleons 9,99, Dukaten 5,92, Marknoten 61,65, Russische Banknoten 126 1/2, Silberrcoupons 100,00, Länderbank 116,00, Tramway 207,80, Tabaksactien 73,50.

Amsterdam, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine flau, 700 März 207, 700 Mai —. Roggen loco flau, auf Termine unverändert, 700 März 133, 700 Mai 136, 700 Oktober 141. — Rübsöl loco 24, 700 Mai 24 1/2, 700 Herbst 25 1/2.

Antwerpen, 10. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/2 bez. und Br., 700 April 16 1/2 Br., 700 Mai 17 Br., 700 Sept.-Dezbr. 18 Br. Rubig.

Paris, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, 700 März 21,90, 700 April 22,10, 700 Mai-Juni 22,50, 700 Juli-August 23,10. — Roggen fest, 700 März 13,75, 700 Juli-August 15,40. — Mehl 12 Marqués fest, 700 März 47,40, 700 April 47,80, 700 Mai-Juni 48,60, 700 Juli-August 49,75. — Rübsöl fest, 700 März 55,00, 700 April 55,50, 700 Mai-August 57,00, 700 Sept.-Dezember 58,75. — Spiritus fest, 700 März 48,75, 700 April 49,00, 700 Mai-August 49,50, 700 Sept.-Dezbr. 48,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 10. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 84,20, 3% Rente 82,02 1/2, 4 1/2% Anleihe 109,75, italienische 5% Rente 98,80, Oesterr. Goldrente 93 1/2, ungar. 4% Goldrente 84 1/2, 5% Russen de 1877 101,25, Franzosen 516,25, Lombardische Eisenbahn-Actien —, Lombardische Prioritäten 319, Neue Türken 16,37 1/2, Türkenloose 41,25, Credit mobilier —, Spanien neue 58 1/2, Banque ottomane 547,81, Credit foncier 1362, Aegypter 333,00, Suez-Actien 2151, Banque de Paris 645, Neue Banque d'escompte 466, Wechsel auf London 25,16, 5% privil. türk. Obligationen 387,50, Tabaksactien —.

London, 10. März. Consols 101, 4% preussische Consols 104, 5% italienische Rente 97 1/2, Lombarden 10 1/2, 5% Russen de 1871 97 1/2, 5% Russen de 1872 99 1/2, 5% Russen de 1873 99%, Convert. Türken 16%, 4% fund. Amerikaner 129 1/2, Oesterr. Silberrente 69, Oesterr. Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente 83 1/2, Neue Spanien 58 1/2, 4% unif. Aegypter 69 1/2, 3% garant. Aegypter 98 1/2, Ottomantbank 11 1/2, Suezactien 85 1/2, Canada Pacific 67 1/2, 5% privilegierte Aegypter 94%, Silber —, Plagdiscont 1%.

London, 10. März. An der Rüste angeboten 2 Weizenladungen. — Wetter: Frost.

London, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 6260, Gerste 2150, Hafer 15 800 Dtsk. Weizen rubig, stetig, übrige Artikel fest, rubig.

Liverpool, 10. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Rubig. Middl. amerikanische Färbung: März-April 4 1/2, Verkäuferpreis, April-Mai 4 1/2, Käuferpreis, Mai-Juni 4 1/2, do., Juni-Juli 4 1/2, Verkäuferpreis, Juli-August 5 do., August-Sept. 5 1/2 d. Käuferpreis.

Leith, 10. März. Getreidemarkt. Weizen höher gehalten, Mehl 1 sh. theurer, andere Artikel matt.

Newyork, 9. März. (Schluß-Course.) Wechsel

auf Berlin 95 1/2, Wechsel auf London 4,87 1/2, Cable Transfers 4,89 1/2, Wechsel auf Paris 5,16 1/2, 4% fund. Anleihe von 1877 127 1/2, Erie-Bahn-Actien 27%, Newyorker Centralbahn-Actien 105 1/2, Chicago-North-Western Actien 109 1/2, Late-Shore-Actien 87 1/2, Central-Pacific Actien 42 1/2, Northern Pacific-Preferred-Actien 58 1/2, Louisville und Nashville-Actien 42 1/2, Union-Pacific Actien 49 1/2, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 92 1/2, Reading u. Philadelphia-Actien 29 1/2, Wabash-Preferred-Actien 20%, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 66%, Illinois Central-Actien 141 1/2, Erie-Second-Bonds 90%, Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2, raff. Petroleum 70% Abel Test in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/4 Gd., rohes Petroleum in Newyork 6 1/2, do. Pipe line Certificats — D. 80 C. — Mais (New) 48 1/2. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4,97 1/2. — Kaffee (Fair Rio-) 3,45. — Schmalz (Wilcox) 6,70, do. Fairbanks 6,55, do. Robe und Brothors 6,60. — Spec. 6. — Getreidefracht 2 1/2.

Newyork, 10. März. Wechsel auf London 4,87 1/2, Rother Weizen loco 0,94 1/2, 700 März 0,94 1/2, 700 April 0,94 1/2, 700 Mai 0,95 1/2. Mehl loco 3,25. Mais 0,48. Fracht 2 1/2 d. Zucker (Fair refining Muscovados) 4,97 1/2.

Newyork, 10. März. Bissile Weizen supply 30 450 000 Bushel.

### Butter.

Hamburg, 9. März. [Bericht von Ahlmann und Boylen.] Durch vielfache Verkehrshindernisse hervorgerufene kleinere Zufuhr an allen Hauptmärkten sowie fortdauerndes Frostwetter befestigten die Stimmung und konnte heute eine weitere Erhöhung von 3 M. stattfinden. Sowohl feinste Hof- wie frühe zweite Sorten fanden guten Absatz. Der Plaghandel bleibt zurück, und wenn auch für einzelne frühe Bauerbutter etwas höher bezahlt wird, berührt die Besserung doch nicht ältere gelagerte Waare. Diese und fremde Sorten sind unverändert schlecht verkäuflich.

Offizielle Butter-Notirungen der letzten 8 Tage:  
am 2. März. 5. März. 9. März.  
1. Qual. 100—105 M. 100—105 M. 103—108 M.  
2. „ 95—100 „ 95—100 „ 98—102 „  
3. „ 90—95 „ 90—95 „ 90—95 „  
fehlerhafte Hofb. 70—80 „ 70—80 „ 60—80 „  
schleswig. und  
holst. Bauer- 70—80 „ 70—75 „ 75—85 „

Preisnotirungen von Butter in Partien. Usancen beim Verlaufe: 1% Decort, Tara: Drittel zum Export 16% bei 18% Holz und reine Tara: Drittel und andere Gebinde zum hiesigen Consum das ermittelte Holzgewicht. Feinste zum Export geeignete Hofbutter aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Ost-, Westpreußen, Schlesien und Dänemark in wöchentlichen frischen Lieferungen 70 50 Kilo 105 bis 108 M., zweite Qualität 98—102 M., gestandene Partien Hofbutter 90—95 M., fehlerhafte und ältere Hofbutter 60—80 M., schleswig-holsteinische und dänische Bauer-Butter 75—85 M., böhmische, galizische und ähnliche 60—70 M., finnländische 65—70 M., amerikanische und canadische frühere 45—65 M., amerikanische, andere ältere Butter und Schmier 20—40 M.

### Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 10. März. Wind: NO.  
Gelegelt: Dmsk (SD.), Ingerslev, Barcelona via Kopenhagen, Esprit und Güter.  
10. März. Wind: W.  
Angelommen: Emma (SD.), Wunderlich, Middlesbrough, Robeisen und Güter.

Thorn, 10. März. Wasserstand: 2,03 Meter.  
Wind: N. Witterung: sonnige Witterung, starker Frost, 13 Grad unter Null.

Verantwortliche Redaction: für den politischen Theil und verlässige Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und literarische Mittheilungen: Dr. B. Hermann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und sonstigen Nachrichten: Dr. B. Hermann, — für den Anzeigen- und Inseraten-Teil: Dr. B. Hermann, — für den Anzeigen- und Inseraten-Teil: Dr. B. Hermann.